

Wir kommen aber noch nicht zur Abstimmung; denn Herr Kollege **Ott** hat sich gemäß § 30 unserer **Geschäftsordnung** zu einer **persönlichen Bemerkung** gemeldet. Die Gelegenheit dazu hat er jetzt.

Da nicht jeder die Geschäftsordnung vor Augen hat, will ich es noch einmal erklären: Die Gelegenheit zur persönlichen Bemerkung besteht nach Schluss der Aussprache, aber vor der Abstimmung. Die Rednerin/der Redner darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Äußerungen, die in der Aussprache gegen sie bzw. gegen ihn gerichtet wurden, zurückweisen oder erkennbar gewordene Missverständnisse ihrer bzw. seiner früheren Ausführungen richtigstellen. Die Redezeit ist auf drei Minuten begrenzt.

Herr Kollege Ott, bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin, herzlichen Dank! Der Vertreter der AfD hat soeben in der Debatte gesagt – ich zitiere –: Ihnen müsste man verbieten, hier aufzutreten.

Ich streite mich leidenschaftlich gerne, auch mit den Vertretern der demokratischen Parteien. Das gehört zum demokratischen Wettstreit dazu. Die Reden der AfD in den letzten vier Stunden spiegeln allerdings ein Muster wider, das wir all die Monate immer wieder hören: In fast allen Reden sind die Migranten schuld. – Vor 80 Jahren wurden in den Debatten andere Gruppen benannt, die an allem schuld waren.

Dann wird immer wieder davon gesprochen, Rot-Grün hätte die Gesellschaft ins Chaos gestürzt; so gerade wieder in der Debatte zur Schule geschehen. – Damals waren es die bolschewistischen Umtriebe, die immer wieder in diesem Zusammenhang erwähnt worden sind.

Außerdem wurden CDU, FDP, SPD und Grüne ständig als etablierte Altparteien diffamiert. – Damals waren es die Systemparteien.

Viele Mitglieder des Zentrums, der Liberalen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten wurden gedemütigt, gefoltert und geschlagen, manche getötet. Mich widern deshalb solche Reden oder auch nur die Anleihen an ihren historischen Pendanten extrem an. Deshalb möchte ich für mich und die Sozialdemokratie sagen: Wir werden Leuten, die solche Reden halten, energisch entgegentreten!

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Nach dieser persönlichen Erklärung gemäß § 30 der Geschäftsordnung kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4405, den Einzelplan 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Ich frage vorsichtshalber, ob sich jemand enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4405 angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4414 – Neudruck

- a) Wirtschaft**
- b) Energie, Landesplanung**
- c) Innovation und Digitalisierung**

Ich rufe den ersten Teilbereich auf und eröffne die Aussprache:

a) Wirtschaft

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann heute im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen keine Rede zur Wirtschaftspolitik anfangen, ohne kurz darauf einzugehen – viele von Ihnen haben es sicherlich schon gehört –, dass die Firma Bayer, einer der größten Arbeitgeber in unserem Land, plant, weltweit 12.000 Arbeitsplätze abzubauen. Ich möchte zu dieser Tatsache zwei Dinge ausführen.

Erstens fühlen wir natürlich mit den Mitarbeitern mit, die heute nach Hause kommen und ihrer Frau/ihrem Mann sagen müssen: Ich weiß nicht, wie es zukünftig weitergeht. – Der Anstand gebietet es, mit diesen Menschen mitzufühlen.

Zweitens möchte ich die Erwartung an die Landesregierung formulieren – das Thema ist noch ganz frisch; wahrscheinlich auch für Sie, Herr Pinkwart –: Wir erwarten, dass die Landesregierung – anders als bei ähnlichen Problemen, die große Unternehmen in

diesem Land bereits gehabt haben – versucht, diesen Prozess mitzugestalten. Diese Erwartungshaltung möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion äußern.

(Beifall von der SPD)

Wir besprechen jetzt den Einzelplan 14. Das ist zwar einer der kleineren Einzelpläne, aber für uns Wirtschaftspolitiker und auch für das Land ein sehr wichtiger Haushalt. Nach 18 Monaten kann man schon mal ein wenig auf das zurückblicken, was die Mitte-rechts-Koalition im Bereich „Wirtschaftspolitik“ abgeliefert hat. Ich möchte dieser Wirtschaftspolitik zwei Überschriften geben: Die 2 Ds – Deregulierung und Digitalisierung.

Zur Deregulierung zählen die Deregulierungspakete, die Sie aufgelegt haben, welche immer die Botschaft ins Land senden: Der Markt wird es schon richten, wir müssen diese Prozesse nur begleiten. Regulierung ist schlecht, und Deregulierung ist gut und sorgt immer für Wirtschaftswachstum. – Ich glaube, dass das ein etwas verkürzter Blick auf Wirtschaftspolitik ist.

Nun zur Digitalisierung. Richtig ist, dass wir als Wirtschaftspolitiker nicht die Risiken in den Fokus stellen, sondern auch über Chancen sprechen sollten. Uns gefällt nicht so gut, dass Sie Digitalisierung als Lösung für alle wirtschaftlichen Probleme sehen und mit dieser Fragestellung aus unserer Sicht ein wenig unkritisch umgehen.

Das Wichtigste, das Ihnen allerdings fehlt – ich habe von den 2 Ds gesprochen: Deregulierung und Digitalisierung –, ist die dritte Dimension, das dritte D: nämlich der Dialog.

Aus unserer Sicht können Sie nämlich nur durch die dritte Dimension die komplexen Zusammenhänge in der Wirtschaft mithilfe von Dialog und Rückkopplung mit den Betroffenen wahrnehmen und steuern. Ich möchte an einigen Beispielen deutlich machen, wo wir da bei Ihnen Defizite sehen.

Beim Programm „Dialog schafft Zukunft“ geht es um Bürgerbeteiligung und Genehmigungen. Wir wären sehr daran interessiert, zu erfahren, ob im Zuge des Deregulierungspakets III neben der Genehmigungsverkürzung auch die Organisation von Dialog in den Fokus genommen wird. Bisher gehen Sie mit dem Programm unserer Wahrnehmung nach sehr, sehr lieblos um.

Zum Ladenöffnungsgesetz: Herr Kollege Pinkwart, ich weiß, dass Sie es nicht gerne hören, aber in der Anhörung hat ein Vertreter der Kirche gesagt, dass der runde Tisch kurz vor einem Erfolg gestanden habe. Sollten Sie mir das nicht glauben, kann ich Ihnen das nachsehen. Aber vielleicht könnte ein Gespräch mit einem Vertreter der Kirche – kurz vor Weihnachten – diese Unklarheit auflösen. Hier haben Sie wiederum nicht auf Dialog gesetzt.

Auch am Programm „Allianz, Wirtschaft und Arbeit 4.0“ – von Ihnen umbenannt in „Initiative Wirtschaft & Arbeit 4.0“ – üben wir Kritik, da wir hier ebenfalls eine gewisse Lieblosigkeit feststellen. Das ist aus unserer Sicht auch wirtschaftspolitisch falsch. Wir betrachten den Dialog als eine Chance für Nordrhein-Westfalen.

Betrachtet man die Vergangenheit dieses Landes und seine Erfolge, stellt man fest, dass immer eine starke Sozialpartnerschaft Wurzel und Quell einer starken Wirtschaft war. Dass Sie diese Allianz nun nicht weiterführen und damit eine große Chance liegen lassen, ist aus unserer Sicht falsch.

Eine letzte Sache, die ich ansprechen möchte: Die Koalitionsfraktionen loben immer ihre hohe Geschwindigkeit bei der Umsetzung von Maßnahmen. Sie packen an, sie wollen schnell sein und wichtige Weichen stellen.

Dazu möchte ich ein Beispiel zur Diskussion stellen. Eine von Ihnen immer als wichtig bezeichnete Maßnahme ist die Abschaffung der Hygieneampel. 268 Tage haben Sie gebraucht, um ein Gesetz abzuschaffen, das noch nicht mal in Kraft getreten war!

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt. – Dietmar Brockes [FDP]: So viel zur Schnelligkeit!)

– Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin. – Was haben wir als eine unserer ersten Maßnahmen gemacht? Wir haben die Studiengebühren in diesem Land abgeschafft. Wir haben es übrigens schneller geschafft; das ist kein Wert an sich, aber wir haben nur 226 Tage dafür gebraucht.

Ich stelle zur Diskussion: Welche dieser beiden Maßnahmen – Abschaffung der Studiengebühren oder Abschaffung der Hygieneampel – hat der Wirtschaft in diesem Land mehr genutzt? – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Rehbaum das Wort.

(Daniel Sieveke [CDU]: Dann müssen Sie sich auch die Antwort anhören! – Frank Sundermann [SPD]: „Hygieneampel“ haben Sie gesagt, habe ich gehört! Ich bin des Hörens und Verstehens mächtig!)

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Sundermann, für uns ist völlig klar, dass die Abschaffung der Hygieneampel ein Riesenschritt war, und die Unternehmer sind uns unglaublich dankbar dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Sundermann [SPD]: Also wichtiger als die Studiengebühren?)

Nach verlorenen Jahren unter Rot-Grün ist die Trendwende endlich geschafft. Nordrhein-Westfalen ist 2017 zurück auf den Wachstumskurs gelangt; amtlichen Schätzungen zufolge gibt es 1,7 % Wachstum, das ist leicht unter dem Bundesschnitt.

(Michael Hübner [SPD]: Im Jahr vorher gab es auch Wachstum, Herr Kollege!)

Auch die Arbeitslosenquote entwickelt sich positiv. Im Oktober 2018 waren es 6,4 %; während Anfang 2017 noch 7,7 % zu verzeichnen waren. Im ersten Halbjahr 2018 sind wir gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,5 % gewachsen. Das ist noch kein Grund zur Entwarnung; denn wir haben noch einige Baustellen, wir sind noch unter dem Bundesschnitt, und wir haben 180.000 unbesetzte Stellen.

Die Nachricht von Bayer, die wir soeben erhalten haben, ist keine gute für Nordrhein-Westfalen. Sie zeigt, dass wir immer wachsam sein müssen, immer arbeiten müssen und immer an den Schwierigkeiten der Wirtschaft dranbleiben müssen, um die Nase vorn zu behalten.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Politik muss ein verlässlicher Partner sein. Sie muss Engpässe beseitigen; sie muss Firmen ermöglichen, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. In Nordrhein-Westfalen ist über Jahre hinweg eine Wirtschaftspolitik am grünen Tisch gemacht worden – offenbar maßgeblich am Tisch des grünen Umweltministers. Wir wollen einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zuhören, Entscheiden und Handeln ist unser Leitmotiv. Wie ein Spürhund suchen wir Hindernisse, Engpässe, Erschwernisse und beseitigen sie. Wir tun das immer mit dem Ziel, Investitionen in Arbeitsplätze, Wertschöpfung oder Klimaschutz zu ermöglichen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Der Haushalt von Wirtschaftsminister Professor Pinkwart – für den wir uns ganz herzlich bedanken – bietet die nötige Finanzausstattung für unsere Politik: Waren es im Jahr 2018 noch 1,3 Milliarden Euro, sind es 2019 bereits 1,541 Milliarden Euro. Für alle, die in Nordrhein-Westfalen Abi gemacht haben: Das ist ein Plus von 18 %.

(Michael Hübner [SPD]: Dafür braucht man kein Abi! – Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Das Kapitel zur Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, wächst um 25,7 Millionen Euro – das sind 17 % – auf rund 154 Millionen Euro.

Die Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau geprägte Gebiete wird um 60 % erhöht. Die Förderung des Handwerks und der freien Berufsgenossenschaften hat weiterhin ein hohes Niveau; es sind 4,4 Millionen Euro.

Die Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstrukturen: Erhöhung um 240 %. Die Strukturhilfen für den Steinkohlerückzug: Erhöhung um 184 %. Die Förderung von Gründungen und mittelständischen Unternehmen: Erhöhung um 400 %. Zuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: Erhöhung um 8,8 %. Und die Erhöhung für den Bereich Tourismus liegt bei 28 %.

Wir wollen aber auch den stationären Handel für die digitale Zukunft fitmachen; daher haben wir als Fraktionen Anträge eingereicht: 300.000 Euro für ein Gutachten über die Herausforderungen des Einzelhandels in Stadt und Land; 500.000 Euro für die Ausweitung des Projekts „Zukunft des Handels“; 225.000 Euro für die Digital Coaches, die beraten und unterstützen sollen, wenn Einzelhandelsunternehmen in die digitale Welt einsteigen wollen.

Summa summarum: Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen der attraktivste Wirtschaftsstandort in Deutschland wird: für Handwerker, Mittelständler und Industrie, Einzelhändler, Dienstleistung, Logistik; für Großunternehmen genauso wie für Start-ups.

Entscheidend für Unternehmen sind: ein investitionsfreundlicher Rahmen und Ansiedlungsmöglichkeiten; Beschleunigung von Verfahren und Bürokratieabbau; leistungsfähige und intakte Verkehrswege; zeitgemäße Digitalisierung; Azubis, Fach- und Arbeitskräfte; politische Stabilität und eine klar wirtschaftsstärkende, europafreundliche Haltung der Regierung.

Arbeitsplätze, liebe Grüne, sind kein Argument von gestern – weder bei der Energiewende noch in der Wirtschaftspolitik. Sie sind das Ziel all unserer Anstrengungen.

Dieser Haushalt ist das starke Signal an Wirtschaft und Beschäftigte: NRW ist wieder da. Die NRW-Koalition nimmt den Unternehmen Steine aus dem Rucksack. Wir investieren in Zukunftsfelder und erleichtern mit dem LEP Erweiterungen und Neuanmeldungen in Stadt und Land.

Der Haushalt sendet eine klare Botschaft: In Nordrhein-Westfalen sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Investoren, Start-ups und neue Arbeitsplätze herzlich willkommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Als nächster Redner hat

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am Ende der Rede meines Vorredners wieder gehört, was die Koalition will.

(Henning Rehbaum [CDU]: Ja! – Thorsten Schick [CDU]: Läuft doch!)

Zunächst einmal ist das Wollen weit entfernt vom Tun, Herr Kollege. Denn wenn ich mir die letzten ein- einhalb Jahre anschau, dann stelle ich fest: Siemens will mit dem Großturbinenbau weggehen. Im Osten führt das übrigens dazu, dass die Ministerpräsidenten und die Wirtschaftsminister Pilgerfahrten machen und um die Standorte kämpfen. Hier höre und sehe ich diesbezüglich aber nichts.

Zweitens stelle ich fest, dass thyssenkrupp – wenn überhaupt – durch die Gewerkschaft gerettet wurde und nicht durch diese Landesregierung. Auch dabei geht es um Übergangsregelungen, nach denen erheblich Arbeitsplätze abgebaut werden.

Heute sehen wir in den Zeitungen, dass Bayer 12.000 Stellen kürzen will. Das wird auch etwas mit der Übernahme von Monsanto zu tun haben. Bayer sagt selbst, dass diese Stellen überwiegend in Deutschland gekürzt werden. Man kann sich ausrechnen, wie viele dieser Stellen dann in Nordrhein-Westfalen gekürzt werden.

Bei der sogenannten klassischen Industrie, um die Sie sich ja ganz besonders kümmern wollten, sieht man also an vielen Stellen bis jetzt nicht nur keine Erfolge, sondern man sieht deutliche Einbrüche – und das in einer Konjunkturphase, die in der Tat hervorragend ist, wofür Sie allerdings nichts können.

Wenn Sie das Jahr 2017 loben, wissen Sie auch ganz genau – Sie haben es heute früh noch mehrfach betont –, wann Sie die Regierungsgeschäfte übernommen haben. Also ist 2017 ganz offensichtlich nicht Ihr Werk gewesen, sondern das Werk der Vorgängerregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich neben den Unternehmen, die ich eben genannt habe, ein weiteres Unternehmen nennen, um das Sie sich ganz offensichtlich nicht genügend kümmern, nämlich Ford. Es besteht die Gefahr, dass Ford in Köln einen Teil der Produktion abzieht.

Vonseiten Ihrer Koalition höre und sehe ich in diesem Zusammenhang aber nichts. Ich bin der Meinung, dass es sich dabei eigentlich um einen Punkt handelt, um den man sich kümmern müsste.

Ich stelle mir in diesen Situationen immer die Frage, was bei CDU und FDP eigentlich los gewesen wäre,

wenn die Vorgängerregierung in diesen Zusammenhängen – bei derartigen Unternehmen und einem solchen Arbeitsplatzabbau – so wenig getan hätte wie Sie.

Stattdessen werden Vorlesungen über Innovation und Digitalisierung gehalten, die aber, wenn man es hinterfragt, überhaupt nicht mit der Wirklichkeit Schritt halten. So werden beispielsweise 1,6 Millionen Euro in einem Bereich gekürzt, in dem die Förderung der Digitalisierung in Unternehmen angebracht wäre.

Energieeffizienz wird nicht gefördert; stattdessen wird immer wieder dafür gesorgt und dafür gekämpft, dass der Kohleabbau verlängert wird. Das heißt, Sie sind überall rückwärtsgerannt.

(Henning Rehbaum [CDU]: Der Energieteil kommt gleich!)

Heute Morgen haben wir lange über den Brexit debattiert. Zwei Stunden, nachdem ich angemahnt habe, dass eine Kleine Anfrage von uns zu einem Gutachten, das die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Brexit in Auftrag gegeben hat, fünf Wochen lang nicht beantwortet wurde, ist dann die Antwort gekommen.

Wissen Sie, was in dieser Antwort stand? – Darin stand – und damit wird auch klar, warum die Antwort so spät kam –, dass Ende Februar nächsten Jahres ein Gutachten vorgelegt werden soll, das sich mit der Frage beschäftigt, welche Standortvorteile NRW-Unternehmen für umsiedlungsfähige und willige Unternehmen aus England bieten. Einen Monat vor dem Brexit soll ein solches Gutachten herauskommen.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Aha!)

Hätten wir eine solche Wirtschaftspolitik gemacht, hätten Sie sie zu Recht als hanebüchen und falsch kritisiert.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Haben Sie doch gemacht!)

– Nein, die haben wir eben nicht gemacht.

(Ralph Bombis [FDP]: Sie haben gar nichts gemacht!)

Seit 18 Monaten, 30 % dieser Legislaturperiode, leben Sie in einem Ankündigungsmarathon

(Zurufe von Dietmar Brockes [FDP] und Dr. Günther Bergmann [CDU])

und haben überhaupt nichts zustande gebracht – ganz im Gegenteil: Sie haben beispielsweise bei der Sonntagsöffnung, für die Sie immer wieder den Versandhandel als Begründung angeführt haben, ein riesiges Chaos angerichtet.

Sie haben jede Menge Prozesse riskiert, Sie haben die Kommunen verunsichert, und Sie haben übrigens ein typisches Beispiel für Entbürokratisierung betrieben, indem Sie einen 38-seitigen Leitfaden für die Sonntagsöffnung herausgegeben haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Monika Düker [GRÜNE]: Entfesselung!)

Dann haben Sie sogar noch einen fünfseitigen Leitfaden als Kurzvariante herausgegeben, weil die 38 Seiten zu lang waren. Das ist ein typisches Beispiel für ideologisches Reden, aber bürokratisches Handeln. Denn das ist es, was Sie tun.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Zusammengefasst: Sie sind immer noch nicht in der Regierung angekommen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Und das aus dem Mund von Horst Becker! – Das ist doch lächerlich!)

Sie reden wie ideologische Triebtäter, aber Sie handeln nicht für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Bei Ihrer Ausschreibung müsste man 65 Seiten berücksichtigen! Politische Amnesie! – Weitere Zurufe von der CDU – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wollen wir mal über das Vergabegesetz reden? Dann sitzen Sie aber unter dem Tisch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Bombis das Wort. Bitte sehr, lieber Kollege.

Ralph Bombis (FDP): Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Ich möchte eingangs meiner Rede kurz darauf eingehen, was Kollege Sundermann angesprochen hat.

Auch wir sehen eine solche Nachricht wie heute die von Bayer natürlich mit großer Sorge, und auch uns ist natürlich völlig bewusst, dass es besonders für die Mitarbeiter eine schwierige Nachricht ist.

Ich will aber genauso deutlich sagen: Diese schwierige Lage der Mitarbeiter ist für uns umso mehr eine Herausforderung und ein Auftrag, daran zu arbeiten, dass wir für die gut ausgebildeten Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen auch eine Perspektive bieten können, wenn sie sich irgendwann neu orientieren müssen.

Aber, Herr Becker, uns vorzuwerfen, wir würden uns nicht um die Industrie kümmern,

(Horst Becker [GRÜNE]: Ist doch richtig! – Lachen von Thorsten Schick [CDU])

die guten Dinge aus der Vergangenheit für sich zu reklamieren,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was sonst?)

solche negativen Effekte wie heute bekannt geworden aber der neuen Regierung zuzuschieben – so können Sie es auch nicht machen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ihre Industriepolitik hat doch dafür gesorgt, dass es in diesem Land häufig genug einen fast verzweifelten Ruf nach einer endlich wieder vernünftigen wirtschaftlichen Perspektive gab. Die gibt es mit dieser neuen Regierung.

Sie haben beide, meine Herren von der Opposition, nicht zum Haushalt geredet. Das würde ich jetzt aber gerne tun.

Vieles hat Kollege Rehbaum angesprochen. Unsere Ziele als NRW-Koalition in der Wirtschaftspolitik wie auch in den anderen Feldern sind klar:

Wir wollen neue Entwicklungschancen für unser Land. Wir wollen das Land digitaler machen. Wir wollen in die Zukunft investieren, um diese dann auch im Sinne der Menschen meistern zu können. Diesen Zielen entsprechen die Schwerpunkte im Haushalt.

Weil diese Ziele stimmen, sind auch die Ansatzsteigerungen positiv. Die Erhöhung des Kapitels „Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes“ ist deswegen ausdrücklich hervorzuheben. Hier sind noch einmal 26 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen.

Das Thema „Digitalisierung“ – alle reden darüber – haben wir hier auch oft debattiert. Wir unterstützen gerade die mittelständischen Betriebe mit dem Programm „Mittelstand.innovativ!“, für das bereits 2018 die Mittel erhöht worden sind, die wir jetzt fortschreiben, um gerade auch die Innovationsassistenten und die Digitalisierungsgutscheine mit insgesamt 9 Millionen Euro weiter zu fördern, damit gerade die mittelständischen Strukturen und die kleinen Unternehmen, die das oft nicht aus eigener Kraft können, hierbei unterstützt werden.

Für das Handwerk stehen mit „Handwerk-Digital.NRW“ und weiteren Projekten auch noch mehrere ergänzende Programme zur Verfügung.

Weil diese Programme in diesem Bereich so erfolgreich sind, werden wir sie auf den Handel ausweiten mit der Erhöhung in dieser Titelgruppe Zukunft des Handels.

Wir haben als Koalitionsfraktionen Änderungsanträge eingebracht, mit denen wir weitere Ergänzungen vornehmen, um auch nicht nur mit Gutachten, sondern auch ganz konkret mit Assistenten im Handel, mit Digital Coaches dem stationären Handel weiteren Rückhalt zu geben, damit wir auch als Attraktivitätsanker in unseren Innenstädten – und darum geht es doch – weiterhin den stationären Handel behalten.

Darüber hinaus ist die Grundlage der Digitalisierung ebenfalls im Blick. Der Breitbandausbau steht im Fokus, damit wir die Gewerbegebiete bis 2022 sowie die Schulen ans gigabitfähige Netz anschließen können.

All diese Dinge aus dem Bereich der Digitalisierung beziehen sich natürlich auf die Herausforderungen in der Zukunft.

Ich will ein weiteres Feld nennen, über das wir hier ebenfalls schon häufig debattiert haben; das ist der Strukturwandel. Natürlich hat das große Aktualität und ist insbesondere für das Rheinische Revier relevant. Ich will aber sehr deutlich sagen, dass wir auch andere Regionen, namentlich das Ruhrgebiet, als NRW-Koalition selbstverständlich nicht vergessen.

Dementsprechend sind im Haushalt sowohl die Strukturhilfe für die Braunkohleregionen als auch die Strukturhilfe für die Steinkohlerückzugsgebiete deutlich erhöht worden. Mit der Ruhrgebietskonferenz werden wir die Region sichtbar machen und Leitprojekte zur Stärkung auf den Weg bringen.

Für das Rheinische Revier heißt das Motto: präventiver Strukturwandel. Diesen Prozess begleiten wir als NRW-Koalition natürlich ebenfalls sehr eng.

In der gebotenen Kürze noch einige Stichworte:

Erhöhung der Mittel im Tourismusbereich. Die Erarbeitung einer neuen Landestourismusstrategie ist auf dem Weg.

Die Start-up- und Gründerförderung will ich hier ganz kurz erwähnen. Das wird gleich in der Debatte noch Thema sein.

Das Thema „Energie und Klimaschutz“ ist ebenfalls von hoher Relevanz für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Deswegen finden wir in dem Einzelplan hier und in den noch zu debattierenden Einzelplänen die entsprechende Schwerpunktsetzung.

Ich habe es eingangs gesagt: Unsere Ziele als NRW-Koalition sind klar in der Wirtschaftspolitik genauso wie in allen anderen Bereichen. Dieser Einzelplan bildet unsere wirtschaftspolitischen Ziele ab.

Wir schaffen mehr Chancen für die Unternehmen in unserem Land und damit für zukunftsfeste Arbeitsplätze.

Wir machen Tempo bei der Digitalisierung, unterstützen die Wirtschaft bei der digitalen Transformation und gestalten den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen positiv im Sinne der Menschen, damit NRW Stück für Stück wieder nach vorne kommt und den Platz einnimmt, der unserem Bundesland im Sinne der Menschen gebührt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir machen das zügig. Das alles drückt sich im vorliegenden Einzelplan aus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Loose das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist es ein gutes Geschäft, wenn ich Ihnen heute 100 Euro gebe und Sie mir morgen mit einem Lächeln 50 Euro zurückgeben? – Ja, das ist ein gutes Geschäft, nur leider nicht für mich.

Doch solche Geschäfte finden sich auch im Haushaltsplan Wirtschaft wieder. Dort werden solche Geschäfte sogar noch groß gefeiert. Deswegen möchte ich mit einem Zitat von Herrn Professor Pinkwart aus seiner Rede im Wirtschaftsausschuss beginnen:

„Das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung meines Hauses ist das EFRE-Programm. Auf dieser Basis können bis Ende 2020 fast 2,5 Milliarden Euro an Investitionen getätigt werden. Die eine Hälfte der Gelder kommt aus Brüssel, die andere Hälfte stellen das Land, die Kommunen, die Hochschulen und die Wirtschaft zur Verfügung.“

Kurzer Hinweis: Das erwähnte EFRE-Programm ist ein Programm der EU.

Schauen wir uns dieses Zitat doch einmal genauer an: Da kommen also Gelder aus Brüssel. Woher hat denn Brüssel diese Gelder? – Richtig, vom deutschen Steuerzahler. Das ist das Geld von der Krankenschwester, die sich um Patienten kümmert. Das ist das Geld von der Bäckereifachverkäuferin, die uns morgens die Brötchen verkauft.

All diese Malocher haben das Geld, das das Land NRW aus Brüssel bekommt, vorher mehr als doppelt so hoch eingezahlt. Finden Sie, dass das ein gutes Geschäft ist? – Wir finden das nicht.

(Beifall von der AfD)

Aber weiter im Text: Dazu kommen jetzt auch noch Gelder vom Land, sagt Herr Professor Pinkwart. Aha, Geld vom Land. Woher hat denn das Land das

Geld? – Richtig, wieder von der Krankenschwester und der Bäckereifachverkäuferin. Dieses Geld wird zusammengeworfen, jetzt gibt ein Unternehmen noch einen kleinen Teil dazu, und dann heißt das Ganze „Investition“.

Das Verhältnis dieser Investition ist wie folgt: Der Steuerzahler gibt 5 Euro und der Unternehmer 1 Euro dazu. Damit ist dieses EU-Programm eines der ineffizientesten Programme, die man sich nur vorstellen kann – alles auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Aber – und das dürfen wir nicht vergessen – die EU hat uns ja einen Teil des Geldes mit einem Lächeln zurückgegeben, und der Unternehmer lächelt jetzt auch. Dafür schulden wir der EU und den Unternehmen natürlich Dank – zumindest, wenn es nach Ihnen gehen würde.

Das Schlimme daran ist aber auch noch, Herr Professor Pinkwart, dass Sie dieses Programm ausdrücklich als das bedeutendste Programm Ihres Ministeriums feiern. Damit hängt die Wirtschaftspolitik in NRW weitgehend am Tropf von Brüssel.

Hier würde ich mich mal über ein echtes Entfesselungspaket von Ihnen, liebe CDU und FDP, freuen. Befreien Sie sich, und befreien Sie uns alle von den Fesseln der EU und reformieren Sie diesen Laden endlich.

(Beifall von der AfD)

Schauen wir uns einmal einige Projekte an, die in den letzten Jahren aus diesem EU-Programm finanziert wurden.

Der PHÖNIX See in Dortmund ist ein schönes Beispiel. Dort sonnen sich jetzt die Profifußballer vom BVB in ihren Gärten mit Südlage zum See, während ein paar Hundert Meter weiter das Arbeitslosenviertel beginnt mit einer Arbeitslosenquote von knapp 15 %. Dank EU-Fördermitteln wurde ein tolles Wohnquartier für Besserverdienende geschaffen.

Schon fast in Sichtweite dazu das Dortmunder U. 56 Millionen Euro sollte es kosten, davon knapp 23 Millionen Euro aus dem EFRE-Programm. Dieses Projekt wurde wieder einmal ein echtes Schnäppchen für den Steuerzahler: Am Ende hat es etwa 100 Millionen Euro gekostet und es gleich zweimal ins Schwarzbuch der Steuerzahler geschafft.

Da nicht jeder das Schwarzbuch kennt, hier ein Zitat daraus. Dort werden Projekte aufgelistet, die dokumentieren – Zitat –,

wie der Staat durch Gedankenlosigkeit, Prestigedenken, ungehemmte Regelungswut oder fehlendes Kostenbewusstsein mehrere Milliarden Euro an Steuergeld verschwendet.

Zitat Ende. –

Herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen der Altparteien. Sie haben es mit diesem Projekt wahrlich zweimal geschafft: Gedankenlosigkeit, Prestigedenken und Verschwendung.

Ihr bedeutendstes Instrument der Wirtschaftsförderung, Herr Minister, ist lediglich eine Maschine zur Geldverbrennung. Allein deshalb lehnen wir Ihren Haushalt ab.

Aber wir sind noch weitergegangen und haben Ihnen über 100 Millionen Euro an Einsparvorschlägen ins Buch geschrieben, mit auf den Weg gegeben. Damit bieten wir eine echte Alternative zu Ihrer Verschwendung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte sehr, Herr Minister!

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Entwicklung unserer Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zeigt sich nach wie vor robust: 2,2 % mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in diesem Jahr gegenüber 2017 und eine Arbeitslosigkeit auf historischem Tiefstand.

Dennoch haben wir es mit immer wiederkehrenden neuen Herausforderungen zu tun. Herr Kollege Sundermann, Sie haben darauf aufmerksam gemacht. Das berührt uns natürlich sehr und beschäftigt uns und hat uns schon in den letzten Tagen natürlich – das werden Sie sich denken – beschäftigt wie auch an anderen Standorten. Wir sind da im Übrigen, wie Sie genau wissen, in sehr enger Abstimmung mit den Sozialpartnern, mit den Unternehmensleitungen.

Ich habe es im Ausschuss gelegentlich sagen können. Zu unserer Freude sind die Gespräche, die engen Abstimmungen, die Bemühungen auch immer wieder erfolgreich. Da bin ich auch den Betriebsräten, den Gewerkschaften sehr dankbar, dass das sehr vertrauensvoll und sehr zielorientiert von beiden Seiten mit uns erfolgt. Dadurch haben wir auch gute Erfolge erzielen können. Das ist ein ständiger Aushandlungsprozess, dem wir uns natürlich stellen.

Wir wollen bei solchen Gesprächen immer deutlich machen, dass es sich weiter lohnt, in diesen Standort zu investieren. Deswegen haben wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit darauf gelegt, dass wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern wollen durch Investition in Infrastruktur, aber auch eine Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Das ist gerade für die chemische Industrie von großer Bedeutung.

Sie wissen genau, dass wir uns damit im Rahmen des 3. Entfesselungspakets beschäftigen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wir legen dabei großen Wert auf die Mitbeteiligung und Einbeziehung. Das gilt auch für Gesetzesvorhaben, Herr Sundermann. Wenn Sie jetzt sagen, die Abschaffung der Hygieneampel hätten wir nicht schnell genug gemacht, Sie wären ja viel schneller gewesen ...

(Frank Sundermann [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe nur verglichen!)

– Dann will ich Ihnen sagen, was Sie hier verglichen haben: Wir haben unser Entfesselungspaket – da war nicht nur die Hygieneampel drin, da waren viele Maßnahmen drin – hier bereits am 26. Oktober 2017 ins Parlament eingebracht.

Sie haben damals die Streichung der Studienbeiträge in einer Einzelmaßnahme eingebracht, am 01.09.2010. Sie haben es dann am 1. März 2011 verabschiedet. Wir haben am 21. März 2018 aber nicht nur eine Einzelmaßnahme, sondern ein ganzes Konvolut von Entfesselungen auf den Weg gebracht.

(Zurufe von der SPD)

Wir waren genauso schnell – ich würde sagen: fürs Land viel erfolgreicher und wirksamer –, wie Sie es waren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich nehme Ihre freundlichen Bemerkungen – das wissen Sie – als Motivation, dass wir noch schneller werden.

(Frank Sundermann [SPD]: Ja, ja!)

Aber wir wollen natürlich den Mitbeteiligungsprozess dadurch nicht schmälern; da haben Sie völlig recht. Wir müssen versuchen, das wechselseitig beschleunigt hinzubekommen.

Ich möchte im Bereich Wirtschaft – wir haben ja getrennte Debatten zu verschiedenen Themen, obwohl sie ineinandergreifen – betonen, dass uns ganz besonders wichtig ist, dass wir auch das Handwerk, dem es, wie ich heute Morgen sagte, im Moment sehr gut geht, gerade jetzt in der Phase, wo es ihm gut geht, weiter stärken, es zukunftsfest machen.

Dazu gehört auch das Thema „Digitalisierung“, aber natürlich auch andere Themen, etwa das Thema „berufliche Bildung“, bei dem wir das Handwerk gezielt unterstützen.

Wir arbeiten daran, die Empfehlungen der Enquete-Kommission umzusetzen, wobei es deutliche Fortschritte gibt. Dazu werden wir demnächst einen Bericht machen. Das kann ich in der kurzen Redezeit nicht alles darlegen. Sie sollten wissen, dass uns das ein besonderes Anliegen ist.

Wir haben das Thema „Gründung“ zu einem Schwerpunkt gemacht; das ist eine neue Gründerzeit. Wir haben auch in relativer Kürze das Gründerstipendium nicht nur eingeführt, sondern sehr erfolgreich schon umsetzen können. Wir haben das dezentral organisiert; wir haben die Starter-Center, die Digi-Hubs und andere mit einbeziehen können und sehr viele junge Männer und Frauen in diesem Lande für tolle innovative Gründungen mobilisieren können.

Es ist eine Freude, zu sehen, welche Ideen in diesem Land auf Umsetzung warten und sich jetzt noch besser als bislang unterstützt sehen. Ich denke, das ist eine große Chance für Nordrhein-Westfalen.

Das Gleiche gilt – es wird mir gelegentlich auch schon mal vorgehalten, Sie reden immer über Digitalisierung und Gründung – auch für die etablierte Wirtschaft, die bei uns natürlich im Fokus steht.

Wir haben den Stahlgipfel mit organisiert. Er fand im Saarland statt; aber wir haben ihn vorbereitet, wir haben ihn angeregt. Die Vorbereitungssitzungen haben hier stattgefunden.

Wir haben damit deutschlandweit der Stahlindustrie eine andere Bedeutung gegeben. Wir arbeiten gerade an einer internationalen Stahlkonferenz, die wir vorbereiten. Wir setzen uns für die Interessen der Industrie ein. Das Gleiche gilt für die Chemie und andere.

Wir verbinden die Chemie, den Stahl und andere Bereiche mit den Start-ups, mit den digitalen Unternehmen, um die Innovation in diesen Branchen auch weiterzutragen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das gilt auch für unsere Initiative IN4climate.NRW, um auch das Thema „Klimaschutz und Industrie“ auf eine neue Ebene zu führen.

Wir haben umgehend das Thema „it's OWL“ hier aufgegriffen, umgesetzt und sehr viel Geld, 53 Millionen Euro, für die nächsten Jahre bereitgestellt, um die Fabrik der Zukunft in Nordrhein-Westfalen zu einem zentralen Thema machen zu können.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir haben ein energiewirtschaftliches Cluster für die Metropolregion Ruhr in Arbeit, um auch etablierten Unternehmen weiterzuhelfen.

Ich kann das alles in fünf Minuten nur ansatzweise darstellen – sorry. Wir können stolz darauf sein – ich bin dem Parlament und den tragenden Fraktionen dankbar –, dass wir diese Chancen nutzen können und die Mittel dazu haben, unserer Wirtschaft in einer guten Phase die Voraussetzung zu geben, die Zukunft so zu gestalten, dass Wachstum und Beschäftigung auch morgen gesichert bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Landesregierung nicht nur 5 Minuten, sondern 6 Minuten und 2 Sekunden Redezeit in Anspruch genommen hat.

Ich frage in die Runde, ob es über die bisherigen Überziehungen hinaus noch weiteren Redewunsch gibt? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Beratung zum Teilbereich Wirtschaft im Einzelplan 14.

Ich rufe damit auf:

b) Energie und Landesplanung

Ich erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Sundermann das Wort. Bitte sehr.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von diesem Rednerpult aus wird oft stolz – und das nicht zu Unrecht – auf Nordrhein-Westfalen als das Energieland Nummer eins verwiesen. Wir sind Energieland Nummer eins, sowohl was die Erzeugung anbelangt als auch was den Verbrauch anbelangt.

Die Frage ist nur: Können wir das auch in Zukunft im Rahmen der Umsetzung der Energiewende bleiben, wenn auf der einen Seite die Erzeugung von Kohle langsam zurückgeht – wir sehen gerade den Ausstiegspfad –, auf der anderen Seite aber die energieintensive Industrie in unserem Land bleiben soll?

Uns fehlt aktuell eine Idee, eine Vision, ein Gesamtkonzept der Landesregierung, um dieses Energieland Nummer eins auch als das zu erhalten, was es heute ist.

Deutlich wurde das in der Unterrichtung durch die Landesregierung im Oktober. Herr Minister, aus unserer Sicht – unsere Bewertung ist geblieben – haben Sie sich im Klein-Klein verloren. Sie haben einen Spiegelstrichvortrag gehalten.

Übrigens sehen das nicht nur wir so; das führt auch die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrem Kommentar am 11.10.2018 so aus. Die Bewertung dieser Vorstellung, die Sie am 10.10.2018 hier gegeben haben, finden Sie auch in der „Neue Rhein/Neue Ruhr Zeitung“. Diese führt aus: Das Problem ist: Die Regierung hat nämlich keinen Plan für die Energiewende. – Das ist auch ein wenig unsere Sorge, nämlich dass Sie keinen Plan und keine Vision für das Energieland Nordrhein-Westfalen 2030 haben.

(Beifall von der SPD)

Wenn man eine Vision hat und nach vorne blicken will, aber einem nicht ganz so viel einfällt, dann lohnt es sich vielleicht, darauf zurückzuschauen, was in

den sieben Jahren Rot-Grün, die hier so gerne kritisiert werden, im Energiebereich gemacht worden ist. Vielleicht kann man darauf aufbauen. Sie sagen immer, Sie wollen das Gute besser machen, nicht aber immer alles anders.

Ich sage Ihnen: Wir haben als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und dazu noch einen Klimaschutzplan entwickelt, den wir mit allen Beteiligten dialogisch aufgesetzt haben. Jetzt schauen wir einmal, wie Sie damit umgehen. Sie haben – auch in Ihrem Koalitionsvertrag – angekündigt, das Klimaschutzgesetz anzupacken.

Was die Infrastrukturmaßnahmen anbelangt, haben wir uns sehr intensiv um den Ausbau der Fernwärmeschiene Ruhr zu kümmern. Das wäre ein ganz wichtiger Faktor bei der Energiewende; mal schauen, was Sie daraus machen.

Wir haben den Stadtwerken – das mag der eine oder andere vielleicht negieren –, die für die Umsetzung der Energiewende wesentlich sind, mit der Änderung von § 107 GO deutlich bessere Möglichkeiten gegeben, um am Markt zu agieren.

Wir haben mit der Sicherheitsreserve in der Braunkohle Ökologie und Ökonomie ein Stück weit befriedet. Was man aktuell hört, ist das durchaus die Blaupause für das, was passieren soll.

Wir haben die Bremse bei den Windkraftanlagen gelöst. Gestern wurde gesagt: Die Staus in diesem Land sind rot-grüne Staus. – Ich kann damit leben. Der RRX ist dann auch unser.

Ich sage Ihnen aber auch: Jedes Windrad, das in diesem Land gebaut ist – Sie sagen, die Windenergie trage die Energiewende Nordrhein-Westfalens –, ist unser Windrad und nicht Ihr Windrad, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

Die Frage ist: Wie sind Sie aktuell überregional energiepolitisch sichtbar geworden? Sie haben in der WSB ein bisschen Probleme gehabt. Herr Laschet ist in den Jamaica-Koalitionsgesprächen relativ früh nach vorne gegangen. Ich will deutlich sagen: Ich habe den Eindruck, dass Sie das in der WSB sehr engagiert machen – auch in der Energie. Das ist durchaus so.

Bei der Strukturpolitik – darauf konnte ich eben nicht eingehen – kann man das ein bisschen anders sehen. Da sind die neuen Bundesländer sicherlich deutlich besser aufgestellt.

Zurück zur Windenergie. Wie ist es zu begründen, dass Sie das doch sehr ideologisch angefangen haben? Was steckt dahinter, dass Sie diese 1.500 Meter immer wieder in das Schaufenster stellen?

(Ralf Witzel [FDP]: Anwohnerschutz!)

Ich werfe einen Blick in das Plenarprotokoll vom 14.09.2017 und zitiere eine Aussage von Ihrem damaligen Fraktionsvorsitzenden und heutigem Parteivorsitzenden Christian Lindner. Er hat gesagt:

„Wir wollen erst einmal sehen, wie die Netze den schon geplanten Ausbau bewältigen können. Erst danach kann über Weiteres gesprochen werden.“

Das ist eine eindeutige Aufforderung, ein Moratorium zu erlassen: keine neuen Windkraftträder.

Weil Sie das nicht umsetzen können, versuchen Sie, das mit den 1.500 Metern umzusetzen. Das ist im Prinzip eine ideologische Basis für das, was Sie im Bereich der Windenergie machen.

Sie wissen ganz genau: Wenn Sie diese 1.500 Meter umsetzen, werden kaum noch Windräder in diesem Land gebaut. Dann müssen Sie aber auch sagen, dass Sie das wollen. Das ist ganz wichtig.

Meine Damen und Herren, wir stellen fest: Sie haben keinen Plan dafür, wie das Energieland Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2030 noch das Energieland Nummer eins sein kann und wie es aussehen kann. Das ist schlecht – schlecht für die Wirtschaft in unserem Land, schlecht für die Industrie, schlecht für den Wohlstand und schlecht für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

Deswegen lehnen wir Ihren Haushaltsentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sundermann. – Als nächster Redner erhält für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Rehbaum das Wort.

Henning Rehbaum (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Sundermann, Sie wollen immer wieder Planwirtschaft. Wir haben in den letzten Jahrzehnten aber doch wirklich festgestellt, dass das nicht die Lösung ist. Ich werde Ihnen jetzt in meiner Rede erzählen, wie wir uns das mit der Energiewende vorstellen.

(Frank Sundermann [SPD]: An welcher Stelle habe ich von Planwirtschaft gesprochen? Das möchte ich bitte einmal erläutert haben!)

Für die NRW-Koalition ist die Erreichung der Klimaziele von Paris keine Frage des Ob, sondern eine Frage des Wie.

Wenn wir es falsch machen, wandern Industriearbeitsplätze ins Ausland ab. Dann wird dort CO₂ ausgestoßen. Dem Klima ist damit nicht geholfen. Die Bürger zahlen dann europaweit die höchsten Strompreise, und wir machen uns von Strom aus Frankreich abhängig.

Wenn wir es richtig machen, gestalten wir die Umstellung der Energieversorgung aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus. Erst wenn wir jederzeit abrufbare erneuerbare Energie bezahlbar zur Verfügung haben und neue Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen des Landes angesiedelt werden, können fossile Kraftwerke nach und nach abgeschaltet werden. Ich bin Ministerpräsident Laschet und Minister Pinkwart außerordentlich dankbar, dass sie sich in der WSB-Kommission dafür engagiert einsetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Energiewende ist ein Langstreckenlauf. Das wissen auch diejenigen, die in Baumhäusern, auf Demonstrationen oder auch hier im Parlament eine sofortige Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke fordern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zur Information: Wollte man die letzten sechs deutschen Atomkraftwerke bis 2022 durch Windkraft kompensieren, wären allein dafür etwa 6.000 neue Windräder nötig – dazu Netze und Speicher, die wir bisher noch nicht haben. Damit wäre aber noch kein Megawatt Kohlestrom ersetzt worden.

Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Akzeptanz und Unabhängigkeit von ausländischem Atom- und Kohlestrom erreichen wir nur durch einen breiten Energiemix, neue Technologie, Energieeffizienz und intelligente Vernetzung.

Als Industrie- und Energieland Nummer eins in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen beste Voraussetzungen, Taktgeber und Technologieführer bei der Energiewende zu werden.

Der Haushalt 2019 geht in genau diese Richtung. Wir machen ernst und erhöhen die Ausgaben für Klimaschutz und Energiewende um 82 Millionen Euro auf 125 Millionen Euro. Das ist ein Anstieg um 188 %. Bei den Energiesystemen der Zukunft, bei Systemtransformation, Innovation, Elektromobilität und Energieeffizienz beträgt die Erhöhung 84 %.

Beim zielorientierten Klimaschutz gibt es eine Erhöhung um 45 %. Bei der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr beträgt die Erhöhung 40 Millionen Euro. Beim Förderprogramm Pumpspeicher beläuft sich die Erhöhung auf 700 %. Bei der Energieforschung gilt: plus 6,9 Millionen Euro auf 6,9 Millionen Euro.

Wir wollen keinen Konkurrenzkampf zwischen erneuerbaren und konventionellen Energien, sondern die effiziente Vernetzung eines zunehmend von erneuerbaren Energien geprägten Gesamtsystems.

Als Fraktionen packen wir noch einen Antrag obendrauf und fördern innovative Fotovoltaik-Konzepte mit 500.000 Euro.

Dieser Tage haben wir von der Landesregierung das Solarkataster vorgestellt bekommen. Dabei haben wir erfahren, dass die Dächer in Nordrhein-Westfalen ein enormes Potenzial für Energieerzeugung – mit hoher Akzeptanz bei den Bürgern – haben. Das müssen wir nutzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nicht haushaltsrelevant, trotzdem aber ein richtiges Signal ist der Einsatz der Landesregierung beim Bund für zusätzliche Ausschreibungsvolumina bei der Windkraft und das Energiesammelgesetz.

SPD und Grüne fixieren sich bei der Energiewende krampfhaft auf die Windenergie. Wir haben es gerade wieder sehr eindrucksvoll erlebt, Herr Sundermann. Außerdem arbeiten Sie sich an Ihren eigenen Beschlüssen zum Braunkohleabbau bis 2045 ab.

(Zuruf von Frank Sundermann [SPD]: Ich?)

Die NRW-Koalition setzt auf die Nutzung und Vernetzung einer Vielzahl von Technologien für bezahlbare, saubere, zuverlässige und akzeptierte Energieversorgung. Dabei geht es um Fotovoltaik, Erdwärme, Abwärme, Fernwärme, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Sektorenkopplung, KWK, Energieeffizienz und Großspeicher sowie Kohle und Gas als unverzichtbare Brückentechnologien für die Versorgungssicherheit.

Wir wollen Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen nicht durch die Vertreibung von energieintensiven Arbeitsplätzen erreichen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD]: Machen Sie doch!)

Wir wollen ihn nicht durch die Verlagerung von Kraftwerken ins Ausland erreichen. Auch wollen wir uns nicht von Kohlestrom aus Tschechien oder Atomstrom aus Frankreich abhängig machen.

Wir wollen mit einer starken Industrie und pfiffigen Köpfen technologische Lösungen zur nachhaltigen CO₂-Vermeidung für die Energieerzeugung, die Industrie, die Mobilität und den Wärmemarkt entwickeln, einsetzen und in die ganze Welt exportieren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Rehbaum, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Hübner möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Henning Rehbaum (CDU): Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Kollege Rehbaum, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. –

Sie haben den Kollegen Sundermann jetzt mehrfach falsch zitiert. Ich möchte mich jetzt aber nur auf den von Ihnen angesprochenen französischen Atomstrom beziehen, den Sie möglicherweise importieren müssten. Können Sie mir vielleicht einmal deutlich machen, über welche Übertragungsnetze Sie denn solchen Strom in größeren Mengen nach Nordrhein-Westfalen transportieren wollen? Denn diese Stromnetze gibt es nicht.

Henning Rehbaum (CDU): Herr Hübner, wenn Sie der Meinung sind, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein isoliertes Stromnetz haben, irren Sie sich. Sie können das nachlesen. Es wird schon heute regelmäßig Strom aus Frankreich importiert. Woher kommt er denn?

(Michael Hübner [SPD]: Dann nennen Sie doch einmal die Übertragungsnetze in größerem Maße! Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden!)

Wir schaffen sogar zusätzliche Leitungen nach Belgien, damit die dortigen Atomkraftwerke abgestellt werden können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Hübner, das ist doch völlig klar. Wir haben mittlerweile durchlässige Stromnetze ins Ausland. Aber wir wollen uns nicht von Atomstrom aus Frankreich abhängig machen. Ganz einfach!

(Michael Hübner [SPD]: Von welchen Übertragungsnetzen wollen Sie sich denn abhängig machen?)

Wir wollen ...

(Michael Hübner [SPD]: Was?)

– Die Frage ist beantwortet. – Wir wollen mit einer starken Industrie und pfiffigen Köpfen technologische Lösungen zur nachhaltigen CO₂-Vermeidung für die Energieerzeugung, die Industrie, die Mobilität und den Wärmemarkt entwickeln, einsetzen und in die Welt exportieren.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Hunderttausende Beschäftigte in der Industrie sollen nicht Zuschauer werden, sondern Macher der Energiewende bleiben. Die einen wollen Dekarbonisierung durch Deindustrialisierung. Die NRW-Koalition will einen wirksamen Klimaschutz made in NRW.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Henning Rehbaum (CDU): Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rehbaum, Sie werfen hier anderen Planwirtschaft vor. Ehrlich gesagt, haben Sie selber aber keinen Plan. Vielleicht haben Sie viel Geld, aber keinen Plan und keine Strategie.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie verharren mit Ihrer gesamten Energiepolitik, die Sie hier wieder dargestellt haben, immer weiter in der Vergangenheit. Sie wollen immer weiter an der Kohle festhalten. Diesen Eindruck hat man auch nach allem, was man aus der Kohlekommission mitbekommt.

Wenn Sie hier die Wenn-dann-Klausel, für die Ministerpräsident Laschet und auch Minister Pinkwart plädieren, so sehr loben, muss ich Ihnen ganz klar sagen: Wir haben hier schon viel Quatsch gehört. Aber das ist wirklich extrem großer Quatsch. Da fragt man sich doch, warum man sich überhaupt am Zustandekommen der Kohlekommission beteiligt. Das ist wirklich ein Torpedieren der Arbeit der Kohlekommission.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Auftrag der Kohlekommission ist doch klar. Sie hat den Auftrag, ein Ende der Kohleverstromung zu organisieren sowie ein Datum und einen Zeitplan festzulegen. Wenn man dann sagt: „Na ja; wir sehen mal; wenn das alles nicht so wie gewünscht klappt, lassen wir es vielleicht ganz“, ist das ein Freibrief für RWE und Co., so weiterzumachen wie bisher. Das geht einfach nicht. Daran erkennt man, dass Sie keine Strategie und keinen Plan haben und immer nur in der Vergangenheit bleiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, wir seien auf die Windenergie fixiert, muss ich sagen: Sie sind gegen die Windenergie fixiert. Sie wollen die Windenergie fesseln. Sie haben an dieser Stelle einen Plan, ja. Sie wollen nämlich die Windenergie nicht weiter unterstützen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Parallel finden in Bad Driburg gerade die Windenergietage NRW statt. Schöne Grüße dorthin! Von dort kommt noch einmal ganz explizit die Information, dass die höheren Abstände, die Sie hier immer fordern und anmahnen, eben nicht zu mehr Akzeptanz führen. Ganz im Gegenteil!

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist wissenschaftlich belegt. Daran sollten Sie sich auch orientieren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Brems, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Dr. Untrierer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Wibke Brems (GRÜNE): Ja, natürlich. Bitte schön.

Dr. Christian Untrierer (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Frau Brems, dass Sie die Frage zulassen. Sie haben uns gerade vorgeworfen, es gebe keine Strategie für die Energieerzeugung in Nordrhein-Westfalen. Ist Ihnen denn bekannt, dass es Ihre Strategie war, Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen bis 2045 laufen zu lassen?

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU)

Wibke Brems (GRÜNE): Dadurch, dass Sie alte Behauptungen immer wieder hinter dem Ofen hervorholen, werden sie auch nicht wahrer.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben seit 2010 versucht, dieses Land so auf die Schiene zu bringen, dass wir mehr erneuerbare Energien haben.

(Zurufe von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Wir haben das hinbekommen. Als wir hier angefangen haben, hatten wir einen desolaten Zustand bei der Windenergie.

(Lachen von der CDU)

Der Anteil von erneuerbaren Energien lag insgesamt bei 3 %. Wir haben ihn massiv erhöht. Wir haben noch ganz viel vor uns. Dann kann man nicht sagen: Mit der Windenergie machen wir das nicht; das können andere Energieträger schon ausgleichen. – So, wie Sie hier agieren und alles kaputt machen, funktioniert es eben nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie wirklich an Akzeptanz interessiert wären und das nicht immer nur als vorgeschobenes Argument nähmen, würden Sie Anträgen, die wir dazu stellen, auch einmal zustimmen und diese ernst nehmen.

Wir haben beispielsweise einen Antrag zur Unterstützung von Bürgerwindparks gestellt. Dabei geht es darum, dass die durch die aktuelle Lage im Bund Benachteiligten die notwendige Unterstützung bekommen.

men. Das haben Sie einfach abgelehnt, obwohl genug Geld vorhanden ist. Sie wollen nämlich nur Ihren Vergangenheitsplan weiter fortsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu guter Letzt möchte ich zu einem Punkt kommen, der ebenfalls symptomatisch für Ihre fehlende Strategie ist. Ministerpräsident Laschet tritt immer als rhetorisch großer Atomkraftgegner auf und stellt Forderungen. Wenn es dann aber um etwas geht und er einmal liefern muss, kommt eben nichts – beispielsweise am vergangenen Freitag im Bundesrat. Da agiert der Ministerpräsident gegen die Sache und nur für die eigene Profilierung. Vorher gab es eine breite Mehrheit dafür, dass Tihange und Co. nicht mehr mit Brennelementen beliefert werden.

Mit seinem Verhalten sorgt er dafür, dass die Brennelemente weiter geliefert werden. Er ist da einfach auf einer sturen Linie. So, wie er sich zu Hause und in Aachen gibt, agiert er in Berlin nicht mehr.

Das finden wir nicht in Ordnung. Sie verfolgen eine rückwärtsgewandte Strategie. Das machen wir nicht mit. Deswegen lehnen wir auch diesen Haushalt ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Brockes das Wort. Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir durften gerade von den Oppositionsparteien hören, wir hätten keinen Plan, keine Strategie und keine Vision. Liebe Kollegin und lieber Kollege, da haben Sie ganz einfach Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Wir haben hier die Haushaltsberatungen. Ein Blick in den Haushalt hätte gereicht. Denn daraus geht sehr gut hervor, was sich die Koalitionsfraktionen in der Energiepolitik vorgenommen haben. Aber gerne helfe ich Ihnen da weiter, Herr Kollege Sundermann.

(Frank Sundermann [SPD]: Ich bin immer dankbar!)

Wir wollen nämlich eine zukunftsfeste Energiepolitik machen. Wir wollen eine rationale Energiepolitik machen – eine Energiepolitik, die auf Innovationen, Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit setzt und auch für den entsprechenden Ausgleich sorgt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Also doch Windkraft!)

Wie gesagt, hätte ein Blick in das vermeintlich trockene Zahlenwerk – das wäre eigentlich Ihre Aufgabe gewesen – einen wohlthuenden Unterschied zu

den emotional geführten Debatten weit weg von jeglicher Realität gemacht.

Wir sehen, dass in dieser Debatte – wie immer – versucht wird, einen künstlichen Gegensatz aufzubauen: Industrie versus Klimaschutz, Ausbau der erneuerbaren Energien versus Anwohnerschutz, Förderpolitik versus marktwirtschaftliche Lösungen.

Wir zeigen mit unserer Politik, die sich in diesem Haushalt widerspiegelt, dass es nicht um Gegensätze geht, sondern um kluge Lösungen. Diese liefern wir.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Davon ist nichts zu sehen!)

Das ist natürlich etwas anspruchsvoller, als aus der Opposition heraus einfach nur alles zu kritisieren. Aber das nehmen wir gerne in Kauf.

Allerdings ärgert mich doch wieder ein Punkt, Frau Kollegin Brems. Für Sie sind Klimaschutz und Wind eines – nur Wind, Wind, Wind.

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Schauen Sie einmal in den Haushalt. Dann sehen Sie, welche Vielfalt an erneuerbaren Energien es gibt. Diese werden wir unterstützen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie sind die Potenziale?)

und zwar gerade in den Bereichen, die auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was denn nun?)

– Melden Sie sich doch zu einer Zwischenfrage, statt immer nur herumzuplappern, Herr Kollege. – Frau Präsidentin, es gibt eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Mostofizadeh. Sie haben das Wort für eine Zwischenfrage. Ich denke, wir alle konnten das als Zustimmung des Redners deuten.

Dietmar Brockes (FDP): Aber machen Sie dem Kollegen Hübner seine Zwischenfragen nicht streitig.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Jetzt hat der Kollege Mostofizadeh das Wort für seine Zwischenfrage. Bitte sehr.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich bin schon erstaunt, Frau Präsidentin, dass er mich um eine Zwischenfrage bittet, um mich dann aufzufordern, den Kollegen Hübner zu befragen, der gar nicht am Redepult steht. Aber das ist eine andere Sache.

Herr Kollege, schildern Sie doch einmal die Potenziale der Erneuerbaren und stellen dar, wie Sie sie mengenmäßig und zeitmäßig in Nordrhein-Westfalen gern verwirklicht haben wollen.

Dietmar Brockes (FDP): Das ist hervorragend. Dann kann ich nämlich sofort mit meinem Vortrag fortfahren. Denn Sie, Herr Kollege Mostofizadeh, sollten auch einmal in den Haushalt schauen. Dann können Sie nämlich nachvollziehen, welche zusätzlichen Mittel wir gerade für die Energie- und Klimaschutzpolitik eingestellt haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das war nicht die Frage!)

– Na klar.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein! Nein!)

– Es tut mir leid. Aber wenn Sie bei der Haushaltsberatung nicht akzeptieren, auf das zu verweisen, was im Haushalt zu unserem Ausbau der Erneuerbaren steht, sind Sie an dieser Stelle falsch.

(Beifall von der FDP)

Denn der einfache Blick in den Haushalt zeigt, wie stark wir die Energie- und Klimaschutzpolitik ausweiten.

(Michael Hübner [SPD]: Es stehen nur Summen darin!)

82 Millionen Euro haben wir für Energie- und Klimaschutzpolitik zusätzlich in den Haushalt gepackt. Das ist fast eine Verdreifachung der vorherigen Summe.

Meine Damen und Herren, ich nenne gern einige Beispiele, die sehr gut verdeutlichen, wo wir unsere Schwerpunkte setzen.

So gibt es die Initiative IN4climate.NRW von Minister Professor Pinkwart. Hier werden Innovationen in Richtung einer treibhausgasneutralen Industriepolitik angestoßen. Das ist genau der Weg, den wir gehen wollen – nicht gegen die Industrie in Nordrhein-Westfalen, nicht gegen Arbeitsplätze und Wertschöpfung, sondern mit der Industrie. Hier haben wir enorme Innovationspotenziale, die wir heben werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Energieforschungsoffensive, mit der 7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um in Sachen Forschung und Innovation bei Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft weiterzukommen. Es ist genau der richtige Ansatz, hier in Technologie zu investieren, die uns beim Klimaschutz voranbringt. Allein die Titelgruppe „Energiesysteme, Elektromobilität, Energieeffizienz“ erhöhen wir um 28 Millionen Euro.

Das sind, wie gesagt, nur einige Beispiele, um zu verdeutlichen, welchen Weg wir gehen. Ich könnte noch weitere aufführen.

(Zuruf von der SPD: Oh nein!)

Sie wurden zum Teil eben schon genannt. Das sind 40 Millionen Euro für die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr, 3,5 Millionen Euro für die Förderung von Pumpspeichern, die Programme im Rahmen von progres.nrw, der Projektauftrag Kommunalen Klimaschutz.NRW, der Wettbewerb zur Wasserstoffmobilität und vieles mehr. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.

Hinzu kommen die Bereiche – die aber den Kollegen Mostofizadeh nicht zu interessieren scheinen –, bei denen wir auf Erneuerbare setzen, etwa Geothermie oder Solarenergie. Der Kollege hat gerade auch den neuen Antrag erwähnt, den wir eingebracht haben,

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

um im Rahmen eines Pilotprojektes Stromerzeugung und Solarthermie zusammenzubringen.

Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen in der Energiepolitik weiter führend bleibt.

(Zuruf von der SPD: Dafür sorgt Ihr nicht!)

Wir werden den Weg der Energiewende konsequent so gehen, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger sowie den Industriestandort auf diesem Weg mitnehmen, ohne, wie das in der Vergangenheit unter Ihnen der Fall war, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Dietmar Brockes (FDP): ... eine Politik gegen unser Land und gegen die Bürger zu machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Loose das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits die DDR hat versucht, ihre Ideologie über die Kräfte des Marktes zu stellen. Sie, Herr Professor Pinkwart, stellen Ihre Ideologie über die Kräfte der Natur, der Physik und des Marktes.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Glauben Sie wirklich, Sie könnten die Natur verändern? Glauben Sie wirklich, Sie könnten die Physik verändern? Glauben Sie wirklich, Sie könnten die marktwirtschaftlichen Prinzipien außer Kraft setzen?

Oder warum werfen Sie Geld für sinnlose Projekte aus dem Fenster? Damit meine ich Projekte wie

Pumpspeicherkraftwerke. Sie kämpfen gegen Naturgesetze. Denn es ist klar, dass es in NRW nicht genügend Platz für Pumpspeicherkraftwerke gibt, und es ist klar, dass in NRW die topografischen Verhältnisse keine relevante Anzahl dieser Pumpspeicherkraftwerke zulassen.

Auf eine Berichtsfrage der AfD mussten Sie zugeben, dass wir in NRW mehr als 1.100 Pumpspeicherkraftwerke bräuchten, um eine Dunkelflaute von einer Woche zu überstehen. Die letzte Dunkelflaute hatten wir übrigens im Januar 2017.

Ihr Ministerium führt weiterhin aus, dass Sie selbst den Bau von höchstens 27 solcher Pumpspeicherkraftwerke für realisierbar halten. 27 Stück sind also theoretisch realisierbar. Gebraucht würden aber mehr als 1.100 Stück. Damit blenden Sie einfachste Naturgesetze aus. Wo es nicht genügend Berge gibt, kann es auch nicht genügend Pumpspeicherkraftwerke geben.

Sie trotzen aber auch der Physik. Statt zu erkennen, dass man bei zufallsabhängiger Stromerzeugung diese Zufälligkeiten in Grenzen halten sollte, werden in NRW weiterhin Windkraftkraftanlagen, Solaranlagen etc. gebaut. Sie verstärken also ein Problem, das Sie mit den Pumpspeicherkraftwerken nicht einmal im Ansatz lösen können.

Aber auch die Kräfte des Marktes ignorieren Sie. Der Planer des Pumpspeicherkraftwerks in Höxter hat aus wirtschaftlichen Gründen das Projekt aufgegeben. Dabei galt es als das Top-Projekt in NRW.

Das Schlimme aber ist, dass Sie nicht nur die Kräfte der Natur, der Physik und des Marktes ignorieren. Nein, Sie pumpen jetzt auch noch mehr Geld ins System. Die Mittel für die Erkundung und Planung dieser Pumpspeicherkraftwerke, für die es gar keinen Platz gibt, werden aufgestockt. Das Einzige, was mit diesen Projekten gepumpt wird, ist das Geld der Steuerzahler.

Ich verrate Ihnen einmal ein Geheimnis: Sie alle sind nicht Gott. Sie alle können die Natur nicht aufhalten. Doch Sie versuchen es immer wieder. Weil Sie bisher nichts erreicht haben, werden auch im Bereich des sogenannten Klimaschutzes noch mal eben 80 Millionen Euro obendrauf gepackt – Geld, welches wieder verpuffen wird.

Weltweit sind aktuell mehr als 1.000 Kohlekraftwerke in Bau oder Planung. Zudem gibt es einen EU-weiten Zertifikatehandel, sodass in Deutschland eingespartes CO₂ einfach in Polen zusätzlich in die Luft gepustet werden kann. Damit sind Ihre Maßnahmen nicht nur wirkungslos, sondern eine unvergleichliche Geldverschwendung.

(Beifall von der AfD)

Der Klimawandel ist wie ein großer Felsbrocken, der den Berg herunterrollt. Sie versuchen sich gegen diesen Felsbrocken zu stemmen und wundern sich, dass Sie überrollt werden.

Was würde jedoch Professor Indiana Jones machen? Indiana Jones würde den Brocken heranrollen sehen, sich einfach zur Seite werfen und dem Felsbrocken damit ausweichen.

Wir als AfD gehen den Weg des Indiana Jones. Wir versuchen nicht, wie Sie alle hier, den Felsbrocken, also den Klimawandel, aufzuhalten. Nein, wir als AfD sorgen dafür, dass die Folgen des Klimawandels bekämpft werden.

Deshalb haben wir Ihnen den Vorschlag gemacht, die etwa 130 Millionen Euro in diesem Kapitel einzusparen und stattdessen Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels zu fördern.

Deshalb haben wir zum Beispiel den Antrag gestellt, die Gelder für Hochwasserschutz um 20 Millionen Euro zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von Ihnen allen, also auch von den Grünen, abgelehnt.

Aber Ihr Gedanke ist ja auch ein anderer. Sie meinen, Sie müssten den Menschen das mit der Energiewende einfach nur besser erklären. Anscheinend halten Sie die Menschen für zu dumm. So will die Landesregierung niedrigschwellige Informationsveranstaltungen für Einkommensschwache und Arbeitslose anbieten, damit auch diese beim Energiesparen mitmachen können.

Solche Erziehungsprogramme sind an Zynismus und Überheblichkeit nicht mehr zu überbieten. Denn wenn es jemanden gibt, der Ihnen, Herr Professor Pinkwart, sagen kann, wie man mit wenig Energie auskommen kann, dann sind das diejenigen Menschen, die sich den inzwischen völlig überbeuerten Strom in Deutschland nicht mehr leisten können.

(Beifall von der AfD)

Deutschlandweit gab es im letzten Jahr 350.000 Stromsperrungen. Das muss uns zu denken geben. Also sorgen Sie lieber dafür, dass der Strom in Deutschland wieder günstiger wird. Dann brauchen wir solche Erziehungskurse auch nicht. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Sundermann, das war ja ein großartiger Einstieg, den Sie hier gemacht haben.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Sie fordern eine Energiestrategie ein, die wir schon in Arbeit haben, wie Sie wissen, weil wir Ihnen das im Ausschuss bereits dargelegt haben, haben aber selbst nie eine formuliert. Stattdessen haben Sie eine Leitentscheidung mit einer Partei getroffen, die nach dem Ausgang dieser Wahl einen Parteitag abgehalten hat, um genau gegen diese Leitentscheidung, die sie vorher getroffen hatte, zu demonstrieren.

So viel zu Ihrer Strategie und der Tragfähigkeit dessen, was Sie an Energiepolitik hier hinterlassen haben! Das muss man einfach einmal sagen. Genau diese Lage finden wir hier vor.

(Beifall von der FDP)

Sie haben sicherlich – das will ich auch nicht kleinreden – bei den erneuerbaren Energien ganz klar auf eine Karte gesetzt, nämlich den Windkraftausbau. Das war es dann aber auch weitgehend. Windkraft über alles! Wenn Sie wollen, dass wir an jedes Windrad ein SPD-Schild kleben, können wir das gerne machen.

So weit würde ich die Debatte aber gar nicht aufladen wollen. Denn wir brauchen die Windenergie. Das haben wir immer deutlich gemacht. Aber wir brauchen sie mit Maß und Mitte. Wir brauchen sie so, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes dauerhaft mitgetragen werden kann. Schließlich müssen wir verhindern, dass gestern gegen Kernenergie, heute gegen Braunkohle und morgen gegen Windenergie demonstriert wird. Sonst können wir Energiepolitik auf Dauer nicht verlässlich organisieren.

(Beifall von der FDP)

Deswegen haben wir gesagt: Wenn wir schneller nicht nur aus der Kernenergie, sondern jetzt auch aus den anderen, konventionellen Energieträgern herauswollen und in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung durch erneuerbare Energien gehen wollen, brauchen wir einen viel breiteren Mix, damit das von den Menschen in diesem Land in der Größenordnung, in der es dann notwendig wird, tatsächlich mitgetragen werden kann und in einer Weise erfolgt, die wirtschaftlich ist, die aber auch nachhaltig ist und das Netz stabil hält. In dieser Hinsicht stehen wir alle vor einer riesigen Aufgabe.

Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, auf der zweiten Sitzung der Energieminister in Deutschland, an der ich teilnehmen konnte, zu sprechen. Dort habe ich aus der WSB-Kommission berichtet und gesagt, vor welcher Aufgabe wir stehen. Dann haben alle 16 Energieministerinnen und Energieminister unterschiedlicher Couleur – die meisten sind, glaube ich, Mitglieder der Grünen – übereinstimmend gesagt,

dass wir, wenn es jetzt so kommen sollte, auf jeden Fall eine Revisionsklausel brauchen, damit uns das System nicht auf dem Weg abstürzt.

Wir müssen es so anlegen, dass wir nur in dem Umfang aus der Kohle herausgehen, in dem tatsächlich erneuerbare Energien aufgebaut worden sind, die Netze für den Transport schon entwickelt und gebaut worden sind und wir hinreichend Speicherkapazitäten haben, damit wir die Stabilität des Netzes aufrechterhalten können. Darüber gibt es einen breiten Konsens der Energieminister in Deutschland – unabhängig von dem jeweiligen Parteibuch.

Genau das, lieber Herr Sundermann, waren die Spiegelstriche, die ich hier vorgetragen habe. Ich werde sie immer wieder vortragen. Denn es gibt eine Haltung in Deutschland, die viel zu verkürzt ist, nach dem Motto: Heute ziehen wir den Stecker bei den Atomkraftwerken, morgen ziehen wir den Stecker bei den Kohlekraftwerken, und irgendwie wird das Ganze schon funktionieren.

Nein, so einfach ist die Welt leider nicht. Sie ist viel komplizierter. Deswegen müssen wir darauf aufmerksam machen, dass die verschiedenen Fäden bei der Energiewende endlich zusammengebracht werden müssen. Diejenigen, die gegen Kohle sind, müssen dann bitte auch für Übertragungsnetze demonstrieren. Das wäre angezeigt, damit wir in dieser Gesellschaft einen breiten Konsens für die Energiewende bekommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich möchte das gerne noch eine Minute zu Ende führen. Wir haben ohnehin nur fünf Minuten. Danach beantworte ich alle Fragen, die noch gestellt werden.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich bin sehr dankbar für die Beiträge der Koalitionsfraktionen, in denen viele Aspekte aufgezählt wurden, an denen wir arbeiten und für die wir deutlich mehr Geld bereitstellen, um Erneuerbare in einem viel breiteren Mix aufzubauen.

Wir haben gerade ein landesweites Solarkataster vorgestellt. Darin heißt es, wir haben ein Potenzial von 68 Terrawattstunden Solarenergie. Wie viel wurde davon bisher genutzt? 3,9 Terrawattstunden. Das sind gerade einmal 5 % des Potenzials. Das liegt auch daran, dass Sie in der Vergangenheit sehr stark auf die Windkraft fixiert waren. Wir öffnen das Feld jetzt und sagen: Wind ja, aber auch die anderen Erneuerbaren: die Tiefengeothermie ebenso wie die

Solarenergie und andere Formen, beispielsweise Pumpspeicherwerke, dort, wo sie sich rechnen.

All das wollen wir in den Blick nehmen. Wir wollen die Energieforschung vorantreiben, um durch Innovation neue Potenziale zu schaffen und zu heben. Das alles werden wir in eine Energiestrategie schreiben, an der wir schon arbeiten, mit allen Stakeholdern, auch denen, die für Erneuerbare eintreten. Das Ergebnis werden wir Ihnen im Frühjahr vorstellen, in Kenntnis dessen, was die Kommission „Wachstum, Struktur und Beschäftigung“ beschließt. Wir können es nur in diesem Kontext für Nordrhein-Westfalen ausrollen.

Auf dieser Grundlage werden wir in den nächsten Jahren hart daran arbeiten, Klimaschutz, Energieversorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zusammenzuhalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt zwei Zwischenfragen, die Sie am Ende Ihrer Rede, wie angekündigt, beantworten wollten. Der erste Fragesteller ist der Abgeordnete Mostofizadeh, der zweite Fragesteller ist Herr Kollege Schultheis von der Fraktion der SPD. – Bitte schön, Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Meine Frage ist relativ einfach. Sie haben eben gesagt, dass die Energiepolitik eine sehr komplexe Angelegenheit sei, deren Enden wir zusammenführen müssten. Das größte Energieversorgungsunternehmen innogy ist sicherlich nicht nur das stärkste, sondern auch das am längsten am Markt befindliche.

Ist Ihnen bekannt, dass innogy nicht in der Lage ist, die Förderbedingungen für jemanden zu erfüllen, der einen Antrag auf E-Mobilität-Förderung nach Ihrem Programm progres.nrw gestellt hat, um förderfähig zu sein?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter, ich höre das jetzt zum ersten Mal. Wenn Sie mir diesen Vorgang schicken, werden wir das gerne bearbeiten. Ich habe bisher viel Positives zu unserem Programm gehört. Wir konnten sehr viele zusätzliche Ladestationen ins Land tragen. Wenn es ein Problem gibt, schicken Sie mir doch einfach den Vorgang zu, und dann werden wir dem sehr gerne nachgehen.

(Vereinzelte Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart schaut sich erstaunt um.)

– Ja, hinter Ihrem Rücken spielt sich richtig was ab. Das ist fein hier im Hohen Haus, dass wir uns immer mal abwechseln.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Da muss man aufpassen. Fast hätte ich Sie mit „Frau Präsidentin“ angesprochen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie können mich auch mit „Frau Präsidentin“ ansprechen. Wir gendern hier alles durch.

(Heiterkeit)

Es gibt noch eine Frage von Herrn Kollegen Schultheis an Sie, Herr Minister. Darf ich sie freigeben? Sie hatten das zumindest so angekündigt.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Karl Schultheis (SPD): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. Ich habe eine Frage zum Thema „Emissionshandel“. Beim Kohleausstieg Nordrhein-Westfalens werden reichlich Zertifikate frei. Was unternehmen Sie, damit diese Zertifikate nicht an anderer Stelle wieder wirksam eingesetzt werden können?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, erst einmal muss uns ein Ergebnis vorliegen. Ich hoffe, das wird bis Ende Januar der Fall sein. Dann wird man sehen, wie der Fahrplan aussieht. Nach 2021 wird es leichter, Zertifikate aus dem System zu nehmen. Bis 2021 ist es zunächst einmal schwieriger.

Wenn wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um bis 2021 Kraftwerkskapazität vom Netz zu nehmen, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Zertifikate aus dem Markt herausnehmen zu können, sonst macht es meiner Meinung nach wenig Sinn. Nach 2021 ist es leichter, aber auch dann kommen wir nur auf Durchschnittswerte, die über einen Zeitraum von fünf Jahren errechnet werden. Das ist auch noch nicht optimal. Auch darüber wird man verhandeln müssen, und auch dazu wird man Lösungen finden müssen.

Unser Ziel jedenfalls ist es, sie, soweit es geht, aus dem Markt herauszubekommen, aufgrund der Regelungen, die bestehen, damit wir tatsächlich einen Beitrag zum Klimawandel leisten können, sonst würde sich die Anstrengung schlicht und ergreifend nicht lohnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen haben wir zu Einzelplan 14, b) Energie, Landesplanung, nicht.

Ich rufe auf:

c) Innovation und Digitalisierung

Frau Kollegin Kampmann hat für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit etwa anderthalb Jahren ist die schwarz-gelbe Landesregierung jetzt im Amt, hat viel versprochen und viel angekündigt, aber nur wenig gehalten. Da schaut man doch mit umso mehr Spannung auf den Haushalt 2019 und erwartet, dass von diesem ein großer Aufbruch in Sachen Digitalisierung und Innovation, also zu ganz entscheidenden Zukunftsthemen für unser Land, ausgeht, und man wird enttäuscht.

Zugegebenermaßen beinhaltet dieser Haushalt keine besonders negativen Überraschungen. Er ist okay für eine Landesregierung, die selbst keinerlei große Ansprüche mehr an ihre Politik hat und lieber auf die Versäumnisse der Vorgängerregierung verweist

(Lachen von der CDU)

– warum lachen Sie, Herr Schick? –,

(Thorsten Schick [CDU]: Dazu haben Sie beigetragen!)

anstatt selbst eine klare politische Vision von einer digitalen Gesellschaft für Nordrhein-Westfalen zu haben.

Schauen wir uns die Herausforderungen im Bereich Digitalisierung und Innovation einmal an. Vielleicht ist „okay“ ja vollkommen in Ordnung.

Erstens: die digitale Infrastruktur. Herr Pinkwart hat den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser versprochen. Die letzte Zahl, die ich dazu im Kopf habe, ist, dass die Abdeckung in Nordrhein-Westfalen 6,9 % beträgt. Damit liegen wir sogar noch hinter dem Bund.

Zugegebenermaßen haben Sie im vergangenen Ausschuss versprochen, Anfang des Jahres neue Zahlen vorzulegen. Bis dahin müssen wir uns aber auf Erfahrungswerte verlassen. Mein Erfahrungswert ist beim wichtigen Thema der Schulen, das Sie beim Glasfaserausbau zu Recht priorisieren wollen, dass die massenhafte Ausstattung von Schulen und die Anbindung an schnelles Internet, aber auch eine starke und moderne digitale Ausstattung von Schulen bisher nicht stattgefunden haben.

Das ist unglaublich ärgerlich – insbesondere, weil Sie sich gerade dafür feiern, dass Sie das Schulfach Wirtschaft eingeführt haben; darüber kann man sicherlich noch einmal gesondert streiten. Sie hatten doch einmal die Priorität, Schulen mit digitalen Medien auszustatten und so Kinder und Jugendliche in diesem Land für eine digitale Zukunft fit zu machen.

Heute aber müssen wir in der Zeitung lesen, dass Sie immer noch unentschieden sind – das betrifft nicht Sie unmittelbar, Herr Pinkwart, aber Ihre Regierung insgesamt –, ob Sie dem Digitalpakt und der Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bundesrat zustimmen oder nicht. Dabei ist das so wichtig.

Wenn Sie bei dieser Frage unentschieden sind und keine klare Richtung vorgeben, dann müssten Sie die kompletten Mittel für die Ausstattung von Schulen selbst in die Hand nehmen und im Haushalt 2019 abbilden. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen stellen wir an dieser Stelle ganz klar fest: „Okay“ reicht nicht, wenn es um die digitale Infrastruktur in diesem Land geht. Da bildet Ihr Haushalt nicht das ab, was Schulen und Gewerbegebiete fordern – insbesondere hinsichtlich des Themas „Glasfaser“ insgesamt. Da müssen Sie auf jeden Fall noch einen Zahn zulegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber die digitale Infrastruktur beinhaltet noch ein weiteres Thema, nämlich 5G. Da finde ich es schon erstaunlich – ich bin gespannt, was der Kollege von der CDU dazu ausführen wird –, dass Sie sagen: Wir überlassen den ländlichen Raum bei 5G komplett sich selbst. Was interessiert uns die Modernisierung der Landwirtschaft? Was interessieren uns die Bereiche autonomes Fahren und künstliche Intelligenz? Wir brauchen nicht an jeder Milchkanne 5G, auch nicht in diesem Land.

Das ist eine vollkommene Fehleinschätzung. Ich bin sehr gespannt, wie Sie als FDP mit dieser Partei und mit dieser Fraktion das Thema „5G“ in die Fläche tragen. Ich hoffe, Sie werden dazu gleich noch einiges sagen. Denn meiner Vorstellungskraft entspringt das an dieser Stelle leider nicht mehr.

Wir sehen – und könnten wahrscheinlich noch ewig darüber weitersprechen –, dass dieser Haushalt hinsichtlich Digitalisierung und Innovation den großen

gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich im nächsten Jahr und in den Folgejahren abspielen werden, an keiner Stelle gerecht wird.

Deshalb ist für uns als SPD-Fraktion klar: Wir können diesem Haushalt nicht zustimmen und erwarten für das Jahr 2020 – das können wir jetzt schon einmal hier platzieren – einen wichtigen digitalen Aufbruch, der sich dann auch im Haushalt widerspiegeln wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kampmann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in den Haushaltsberatungen immer ein beliebtes Muster: Die Opposition sagt, dass alles schlecht ist; während die Regierungsfractionen sagen, dass eigentlich alles gut ist. Das zieht sich so durch. Das haben wir gestern und auch heute schon den ganzen Tag gehört. Ich vermute, dass das in jedem Parlament gleich sein wird und auch schon immer so war.

Vor dem Hintergrund ist es ganz interessant, dass es bei diesem Punkt doch ein wenig anders ist. Denn, Frau Kampmann, Ihnen fallen gar nicht so viele Kritikpunkte ein. Eigentlich sagen Sie, es ist alles in Ordnung und okay. Das ist schon einmal nicht schlecht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Meine Nachbarn sagen etwas ganz anderes!)

Natürlich müssen Sie als Opposition auch etwas suchen, das nicht so gut ist. So richtig gelingt Ihnen das aber nicht.

Verglichen mit anderen Ausschüssen muss man feststellen: Der Digitalisierungsausschuss ist etwas Besonderes – nicht, weil wir uns menschlich alle gut verstehen oder der Vorsitzende eine sehr launige Ausschussführung hat, sondern weil wir uns inhaltlich alle sehr einig sind.

Die Digitalisierung ist ein unglaublich wichtiges Thema. Wir müssen bei der Digitalisierung etwas machen. Als Digitalisierungspolitiker würde uns immer noch ein bisschen mehr einfallen. Wenn wir noch 10 Milliarden Euro Steuereinnahmen mehr hätten, dann könnte ich mir diese gerne auch noch bei der Digitalisierung vorstellen. Aber insgesamt ist das, was wir in diesem Haushalt abbilden, sehr ordentlich und sehr gut. Denn der Haushalt weist einen ordentlichen Anstieg von 18 % in den finanziellen Mitteln aus.

Wenn Sie jetzt behaupten, dass beim Glasfaserausbau noch nicht alles gut ist, dann muss man zuge-

ben, dass es in Nordrhein-Westfalen noch viele Flächen gibt, die nicht ausreichend versorgt sind. Dazu werden wir uns unsere Pläne für die Zukunft anschauen.

Es geschieht aber relativ viel. Herr Kollege Sundermann hat vorhin auf die kurzfristige Meldung von Bayer hingewiesen. Ich habe vorhin eine kurzfristige Meldung erhalten, dass ein Gewerbegebiet im Kreis Kleve an das Glasfasernetz angeschlossen wird. Es kommen also immer wieder viele kleine Meldungen herein, sodass wir merken: Beim Thema „Glasfaser“ passiert etwas.

Wenn Sie hier Kritik üben, dann fällt das natürlich auch auf Sie zurück. Denn wenn Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend oder schlecht ist, dann ist das auch Schuld der Vorgängerregierung, die sieben Jahre lang nicht genug in diesen Ausbau investiert hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir legen in diesem Haushalt auch die Grundlagen für sehr viele wichtige Themen. Hier nenne ich einmal die digitale Verwaltung. Vor ein paar Tagen habe ich von einem Bürger eine E-Mail erhalten, der mir erzählte, dass er Vater geworden sei.

(Michael Hübner [SPD]: Haben Sie ihm das nicht geglaubt? Er erzählte!)

Es hat drei Wochen gedauert, bis er die Geburtsurkunde bekommen hat. Dann hat er Elterngeld beantragt, und die Bearbeitungszeit für das Elterngeld betrug noch einmal zehn Wochen. Insgesamt dauert es also – da war er ein bisschen sauer – drei Monate, bis er Elterngeld bekam.

Jetzt sagt er zu Recht: Das Elterngeld ist eigentlich ein Ersatz für das dann entfallende Gehalt. – Da muss unsere Verwaltung besser werden; mit digitalen Mitteln kann man so etwas vielleicht viel schneller hinbekommen. Wenn ein Kind geboren wird, dann wird diese Information direkt digital herübergeschickt, und dann ist das Elterngeld vielleicht nach einer Woche und nicht nach drei Monaten da. Daran müssen wir noch arbeiten; da sind wir auch selbstkritisch.

Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir in Modellregionen und Städten versuchen, innovative Projekte des E-Governments voranzutreiben, damit wir das in mehreren Jahren unseren Bürgern auch zugutekommen lassen können.

(Zuruf von den GRÜNEN: Mit der Milchkanne!)

– Ja, die Milchkanne haben Sie auch noch einmal erwähnt. Das ist ein wunderbares Thema. Denn auch beim 5G-Ausbau müssen wir natürlich weiter vorankommen. Aber auch da ist Landesregierung eigentlich schon ganz gut unterwegs.

Denn es gibt – das habe ich gerade noch einmal googlen müssen, da ich es nicht aufgeschrieben hatte – den Pakt mit den Mobilfunkbetreibern. Herr Pinkwart hätte es sonst wahrscheinlich selbst gesagt. Mit diesem Pakt ist es gelungen, die Mobilfunkbetreiber zu verpflichten bzw. anzureizen, 1.350 neue Masten aufzustellen und noch einmal 5.500 alte Masten besser auszurüsten, damit wir auch im Bereich des Mobilfunks weiterkommen.

Wir haben insgesamt in den nächsten Jahren noch einiges zu tun. Wir müssen natürlich das Land entwickeln, besser werden im Bereich Digitalisierung. Wir sind da aber auf einem recht guten Weg. Ein bisschen mehr geht immer. Das muss man als Digitalpolitiker sagen. Aber andere Herrschaften in diesem Haus haben natürlich auch Interessen.

Einen letzten Punkt, der mir ein bisschen am Herzen liegt, möchte ich noch ansprechen, vor allem in Richtung der Kollegen der SPD. Digitalisierung ist eine Herausforderung. Die wird uns in diesem Land sehr fordern, wird viele Veränderungen bringen und auch zu Veränderungen in der Arbeitswelt führen. Ich finde es nicht gut, wenn man jede Woche in jeder Talkshow einen SPD-Politiker hört, der sagt: Es fallen so und so viele Arbeitsplätze weg. Bei diesem Job muss man sich Gedanken machen; dieser Arbeitnehmer muss sich Sorgen machen.

Damit machen wir den Menschen Angst. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen so gut ausgebildet und ausgestattet sind, dass wir alle Profiteure der Digitalisierung sind. Da immer nur die Angstkarte zu spielen, ist keine vernünftige Politik für dieses Land Nordrhein-Westfalen und für Deutschland. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Untrieser, ich möchte gerne einen Punkt, der bei Ihrer Rede vorkam, direkt aufgreifen. Bezüglich des Themas „digitale Verwaltung“ haben Sie das Beispiel mit dem Elterngeldantrag gebracht. Da muss man sich einmal anschauen, auf welcher Ebene man da etwas tun müsste und ob Sie da etwas machen.

Natürlich müsste man die digitale Verwaltung auf der kommunalen Ebene stärken. Was machen Sie, was fällt Ihnen ein? – Ihnen fällt nicht das ein, was wir immer sagen, flächendeckend in den Ausbau der digitalen Verwaltung auf der kommunalen Ebene zu gehen, sondern Ihnen fällt ein, mal wieder ein paar Modellprojekte zu machen. Das ist nicht der Weg, das ist nicht die Strategie, das ist nicht der große Wurf,

den wir von Ihnen erwarten, nachdem Sie hier immer Wolkenkuckucksheime und riesengroße Programme angekündigt haben. Das ist der zentrale Vorwurf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man kann natürlich fragen, was nach eineinhalb Jahren, seitdem Digitalisierung bei Herrn Pinkwart auf dem Türschild steht, los ist, was da eigentlich Stand der Dinge ist, wie viel Sie in dieser Zeit geschafft haben. Es ist nicht so richtig viel. Es ist an ein paar Stellen in Ordnung. Aber es ist eben nicht die Strategie, es ist nicht der große Schritt nach vorne, den Sie uns da immer versprochen haben, als Sie noch in der Opposition waren.

Sie haben keine Strategie, Sie haben keinen Plan, Sie haben einfach nur mehr Geld, das Sie jetzt ausgeben. Ihre Regierung hat insgesamt 6,4 Milliarden Euro mehr zu verteilen, und Sie setzen ganz eindeutig keinen Schwerpunkt auf die Digitalisierung. Wenn jeder für irgendwas Geld bekommt, dann ist es natürlich so, dass sich erst einmal keiner laut beschwert, aber es ist eben auch kein mutiger Schritt, es ist keine mutige Entscheidung, wenn Sie nicht sagen, wo es hingehen soll und welche Vision von einem digitalen Nordrhein-Westfalen Sie haben. Die haben Sie nämlich nicht. Sie haben keinen Plan.

Sie wissen nicht, wie Sie das umsetzen wollen. Stattdessen kommt immer ein buntes Potpourri, wo am Ende aber niemand so richtig weiß, wo es eigentlich hingehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Interessante ist, dass Sie das nicht einmal bemerken. In den Ausschussdebatten sagen Sie immer – Herr Kollege Matheisen wird es bestimmt gleich genauso sagen –: Das ist alles großartig, hervorragend, bundesweit vorbildlich, giga statt mega.

(Beifall von Henning Höne [FDP])

Es ist wirklich hochinteressant, wie Sie sich da selber loben. Das hat auch einen Grund: Man lobt sich nämlich am meisten selber, wenn es sonst keiner tut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen wir uns die einzelnen Punkte an. Digitale Modellregion – ich habe es eben schon gesagt –: Sie haben Monate gebraucht, im Übrigen deutlich länger, als es angekündigt war, um die Förderrichtlinien an den Start zu bringen. Kein vernünftiger Mensch könnte etwas dagegen haben, Geld nach Ostwestfalen-Lippe zu geben. Aber es muss dann am Ende auch mal ankommen. Wenn Sie nicht die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass es ankommt, dann kommt die digitale Verwaltung nicht einmal in Ostwestfalen voran, und dann gibt es keine wirklichen Fortschritte.

Das Stichwort 5G ist gefallen. Ich sage einmal, was der Parteivorsitzende des Wirtschaftsministers, Herr

Lindner, zu 5G gesagt hat. Ich zitiere seinen Tweet vom 26.11.:

„Fehlentscheidung: keine Flächendeckung bei #5G, die uralte Orientierung an der Zahl der Haushalte bleibt. Eine verlorene Chance ... CL“

„CL“ steht übrigens für Christian Lindner. – Und was sagt Professor Andreas Pinkwart? Er sagt:

„Die heutige Entscheidung der Netzagentur zur Vergabe der Frequenzen ist eine gute Grundlage, damit die nächste Mobilfunkgeneration schnell starten kann.“

Ich war selten so sehr bei Christian Lindner und so wenig bei Andreas Pinkwart wie in dieser Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Sie haben das vergeigt. Das hat Ihnen Ihr Parteivorsitzender mit Brief und Siegel gegeben. Sie haben es vergeigt sowohl bei der Frequenzauktion als auch, was den sagenumwobenen Mobilfunkpakt angeht. Es hilft nichts, wenn Sie dann versuchen, an anderer Stelle mit ein bisschen Geld den großen Fehler in der großen Struktur, den Sie gemacht haben, irgendwie ein wenig zu heilen.

Das geht dann genauso weiter bei der Gründungsförderung, bei der Innovationsförderung. Da steht dann Schönes drauf. Da ist außen immer die tolle Start-up-Fassade. Aber bei Ihrer Digitalpolitik, bei Ihrer Wirtschaftspolitik ist es immer RWE, sind es immer die überkommenen Großstrukturen, die da drinstecken.

Wenn man genauer hinschaut, stellt man fest: Auch da kein Plan, keine Idee, wie es wirklich nach vorne geht. Im Gegenteil! Wir haben bisher gesehen, Sie wollen an die Strukturen zur Förderung der digitalen Wirtschaft heran, Sie wollen an die Hubs dran, und Sie wollen das irgendwie verändern. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass es besser wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Ihre Digitalstrategie – viel nichts auf 68 Seiten. Das ist keine Strategie, sondern das ist genau das, was Ihre Referate in den verschiedenen Häusern irgendwann mal auf der Hühnerleiter nach oben gegeben haben. Das ist einfach nur das, was einem so einfällt, wenn man in so einem Ministerium sitzt und an Digitalisierung denkt. Das ist kein Plan nach vorne. Die Digitalisierung wird mit dieser Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nicht vorankommen. Das ist ein Verlust und traurig für unser Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bolte-Richter. – Nun steht für die FDP-Fraktion Herr Matheisen bereit. Bitte schön.

Rainer Matheisen (FDP): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt eine ganze Latte an Dingen gehört. Wir haben aber keine konstruktiven Vorschläge gehört. Wir haben nicht gehört, welche Strategie die Opposition hat. Das habe ich zumindest an keiner Stelle bei Herrn Bolte-Richter herausgehört.

Aber das ist auch nicht notwendig; denn wir als Regierung sind in dieser Sache klar aufgestellt.

(Michael Hübner [SPD]: Sie sind doch nicht in der Regierung!)

Wir machen Politik aus Leidenschaft, weil wir NRW an die Spitze bringen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das machen wir mit drei Punkten. Wenn Sie mir und nicht Herrn Becker zuhören würden, könnte ich Ihnen das sagen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir setzen zum Ersten auf eine starke digitale Infrastruktur, zum Zweiten auf Innovation – wir wollen NRW als Innovationsland an die Spitze bringen – und zum Dritten auf eine bürgerfreundliche digitale Verwaltung.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Vielleicht kommt dabei auch noch mal eine Strategie raus!)

Schauen wir uns diese drei Punkte mal an.

Erstens: die Digitalisierungsinfrastruktur. 5G wurde bereits mehrfach angesprochen. Wir reden heute aber nicht allgemein über 5G. Das haben wir zu Ihrem Antrag gemacht, in dem Sie von den Grünen gefordert haben, die 5G-Ausschreibung komplett anzuhalten, sodass überhaupt nichts mehr weitergeht. Das ist der falsche Weg.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Es richtig zu machen, wäre ja auch mal schön!)

Wir reden heute vielmehr über den Haushalt. Im Haushalt haben wir beispielsweise 33 Millionen Euro zusätzlich für 5G-Testfelder, die hier in Nordrhein-Westfalen entstehen, veranschlagt. Wir wollen nicht nur, dass in Nordrhein-Westfalen am Ende die beste digitale Infrastruktur verfügbar ist, sondern wir wollen sie auch hier entwickeln. Das ist unser Maßstab. Wir haben in dieser Hinsicht Ambitionen, wo Sie einfach nur Worthülsen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn wir über digitale Infrastruktur sprechen, reden wir auch über Breitbandanschlüsse für kommunale WLAN-Hotspots und insbesondere auch für die

Schulen: 46,5 Millionen Euro zusätzlich – ein dicker Batzen noch mal obendrauf. Wir sagen ganz klar, dass wir die Schulen und die Gewerbegebiete als Erstes ans Netz bringen wollen, und das schlägt sich als ganz klarer Schwerpunkt in diesem Haushalt nieder.

Zweitens: Innovation. Für uns ist wichtig, dass wir den Mittelstand, die kleinen Unternehmen beim Thema „Innovation“ im Blick haben. Herr Becker – der dort drüben immer noch Gespräche geführt – hat eben den seltsamen Satz gesagt, wir seien ideologische Triebtäter.

(Michael Hübner [SPD]: Nein, wir wundern uns nur, dass hier kein Minister anwesend ist! Da ist kein Regierungsmitglied! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie viele Minister sind denn gerade da?)

– Ich hoffe, dass Sie sich jetzt genug aufgeregt haben.

(Michael Hübner [SPD]: Nein, das geht nicht! – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Es ist kein Minister mehr da!)

Wir seien ideologische Triebtäter – das kann man als Unverschämtheit aufgreifen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Man soll sich ja – auch hier im Rheinland – nicht zu viel aufregen.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Was hat denn Herr Kaiser zur Digitalisierung zu sagen?)

Ich greife das nicht nur als Unverschämtheit auf, sondern ein Stück weit auch als ein Lob; denn wir haben wenigstens noch einen Antrieb. Wir gehen wenigstens noch nach vorne und haben Ideen und Vorstellungen. Sie hingegen haben sieben Jahre lang gar nichts gemacht, während wir jetzt das Land in dieser Hinsicht nach vorne bringen. Insofern habe ich da ein gutes Gefühl. Wenn Sie so etwas sagen, dann muss das nicht unbedingt negativ sein, sondern dann kann man das durchaus auch mal positiv auffassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens: eine bürgerfreundliche Verwaltung. Es wurde eben gesagt, es würde in den Kommunen nichts passieren. Natürlich passiert da was: 14 Millionen Euro mehr für digitale Modellkommunen. Das sind 14 Millionen Euro mehr für die besten Modellprojekte, mit denen wir hinterher in den Kommunen die Verwaltung digitalisieren und nach vorne bringen, damit das, was soeben der Kollege Untrieser gesagt hat, nicht mehr passiert.

Wir wollen nicht, dass die Menschen oder die Unternehmen warten müssen. Deshalb haben wir als ers-

tes Bundesland die digitale Gewerbebeanmeldung eingeführt. Wir wollen, dass den Menschen schnell geholfen und hier Service geboten wird.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hat doch die FDP blockiert! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Was?)

Deswegen haben wir noch einmal 61,7 Millionen Euro – ich weiß, dass das viele Zahlen sind, aber wir befinden uns in einer Haushaltsdebatte, und da müssen auch mal Zahlen genannt werden, während meine Vorredner nur einen allgemeinen Abriss zu bieten hatten – zusätzlich für die schnellere Umsetzung der digitalen Verwaltung und des E-Government-Gesetzes eingestellt.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Es wäre schön, wenn der zuständige Minister auch da wäre!)

Die Opposition kann einem solch dicken Paket nichts dagegensetzen. Genau deswegen haben Sie keine Zahlen genannt, genau deswegen haben Sie eben nur allgemein gesprochen.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Wir haben 20 Änderungsanträge im Ausschuss gestellt!)

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich kann Sie nur auffordern: Beteiligten Sie sich konstruktiv an der Diskussion, nicht mit Beleidigungen und nicht mit sonstigen Dingen.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Aber Sie waren wohl nicht konstruktiv! – Michael Hübner [SPD]: Wir verteilen doch keine Haltungsnoten!)

Unterstützen Sie uns auf dem Weg hin zu einem digitalen, innovativen und bürgerfreundlichen NRW. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Matheisen. – Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Hübner vor. Bitte schön, Herr Hübner.

Michael Hübner (SPD) Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie mir das Wort erteilen. – Wir haben gerade mehrere Minuten ohne einen Minister getagt. Das ist völlig unparlamentarisch. Niemand war auf den Regierungsbänken zugegen. Das ist nicht in Ordnung.

(Widerspruch von der CDU)

Ich will das ausdrücklich kritisieren. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass jetzt eine nicht zuständige Ministerin dabei ist. Wir erwarten aber, dass der zuständige Minister bei dem entscheidenden Antrag auch zugegen ist. Wir erwarten, dass er hereinkommt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Und der Parla-
mentarische Staatssekretär für Weiterbildung
ist auch da!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Nach § 65 unserer
Geschäftsordnung könnten Sie einen Antrag stellen,
dass darüber abgestimmt wird. Wollen Sie das tun?

Michael Hübner (SPD) Den Antrag möchte ich
gerne stellen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann ist der Antrag
hiermit gestellt.

Ich lasse darüber abstimmen, ob dem Antrag in der
Mehrheit des Hauses gefolgt wird oder nicht. Wer
stimmt diesem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? –
Gibt es Enthaltungen? – Nach der Einschätzung von
hier oben ist die Mehrheit gegen diesen Antrag ge-
wesen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Schön, dass der Mi-
nister wieder hereinkommt!)

Der Minister ist aber inzwischen anwesend. Insofern
ist ein Teil dessen, was mit diesem Geschäftsord-
nungsantrag beabsichtigt war, erfüllt. Das ist auch
gut so. Es ist guter Brauch – da kommt auch Herr
Laumann; prima –, dass die Regierung der Debatte
folgt.

Damit haben wir diesen Punkt abgearbeitet und kön-
nen mit der Debatte fortfahren. Als nächster Redner
ist für die AfD-Fraktion Herr Tritschler angekündigt.
Sie haben das Wort.

(Zurufe und Gegenrufe von der CDU und den
GRÜNEN)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Ruhe
bitten! Die Sache ist jetzt wieder im Fluss.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minis-
ter, vielen Dank dafür, dass auch Sie uns bei der De-
batte beehren. Ich nehme an, Sie waren draußen,
weil – ich weiß es selbst – das Internet dort besser
ist.

Digitalisierung betrifft alles – nicht nur gefühlt jeden
zweiten Antrag der laufenden Legislaturperiode.
Auch gestern durfte in den Haushaltsreden dieses
Thema nicht fehlen: digitale Gerichtsakten, digitaler
Straßenverkehr, digitale Polizei usw. Circa 30 Jahre
nach dem ersten Internetanschluss und circa 20
Jahre nach der ersten Flatrate möchte niemand hier
im Haus – egal welches Ressort – bei diesem Thema
zurückstehen.

Das treibt in der Politik bisweilen seltsame Blüten.
Neulich meinte eine Bundesvorsitzende der Grünen,
dass sie ihren Strom einfach in einer Cloud speichern
könnte. So wichtig die Beschäftigung mit der digita-
len Revolution ist, so untauglich sind die Mittel, mit
denen hier versucht wird, ihr zu begegnen.

Es ist doch offensichtlich, dass wir den Trends meis-
tens hinterherlaufen; so hat es die Politik bei techni-
schen Innovationen immer getan. Ein schönes Bei-
spiel dafür ist der sogenannte Red Flag Act, der im
Vereinigten Königreich von 1865 bis 1896 vor-
schrieb, dass jedem Automobil ein Fußgänger mit ei-
ner roten Fahne vorauszu gehen habe.

Die Älteren hier im Saal werden sich vielleicht auch
noch an die hysterischen gesetzgeberischen Reakti-
onen auf die ersten Mobiltelefone erinnern. Damals
drohten gar Gefängnisstrafen für böswillige Han-
dlynutzer, die in Flugzeugen und Bussen zum Mobil-
telefon griffen.

Die Liste solcher Gesetze und Diskussionen ist so
lang wie die Liste menschlicher Innovationen. Wenn
wir in 20 Jahren die alten Protokolle noch mal lesen
und die Digitalisierungsdebatten anhören, dann wer-
den wir darüber nicht weniger schmunzeln als über
rote Fahnen und Autos.

Im Bereich der Förderung ist die Liste staatlicher
Fehlgriffe genauso lang. Wie viele Milliarden wurden
für Cargolifter, Transrapid und andere Technikruinen
verbrannt, weil man in der Politik glaubte, die Zukunft
besser zu kennen als der Markt?

Die Geschichte zeigt also eines ganz deutlich: Wirk-
liche Innovation kommt nicht aus der Politik und auch
nicht aus der Verwaltung. Gute Politik steht in der
Regel nicht im Weg, sondern schafft geeignete Rah-
menbedingungen. Wer dagegen glaubt, Förderbüro-
kratien und -programme würden den digitalen Wan-
del erfolgreich gestalten, der hat offenbar ein Prob-
lem mit der Marktwirtschaft.

Bei den anderen Fraktionen in der Opposition bin ich
darüber weniger überrascht, aber offensichtlich er-
liegt auch Schwarz-Gelb denselben Irrtümern. Herr
Minister, da hätte ich Ihnen tatsächlich mehr zuge-
traut. Ich hätte Ihnen zugetraut, dass Sie staatlicher-
seits auf die drei wichtigsten Dinge setzen: auf Infra-
struktur, auf Bildung und auf maßvolle Regulierung –
und eben nicht auf Dirigismus.

Anzuerkennen ist, dass es ein paar Fortschritte gibt.
Schon im letzten Jahr wurde mehr in den Ausbau digi-
talen Infrastruktur investiert. Das wird aber alles
nicht reichen, wenn wir international oder auch nur
national vorne mitspielen wollen. Derzeit sind nur
7 % der Haushalte und nur 8 % der Gewerbegebiete
an das Glasfasernetz angeschlossen. Das ist ein be-
schämender Wert im internationalen Vergleich.
Ganze Landstriche bilden nach wie vor eine digitale
Diaspora.

Man darf sich auch nicht dem Irrglauben hingeben, dass wir den riesigen Rückstand eines Tages einholen könnten; alle hätten Glasfaser und dann wäre alles gut. Experten sprechen schon heute von den nächsten Netzgenerationen, von 10- und 100-Gigabit-Netzen. Wenn wir den Rückstand jetzt schon nicht einholen können, dann werden wir auf alle Zeit im Hintertreffen bleiben.

Während wir also beim Klimaschutz glauben, dass wir die ganze Welt retten könnten, erzählt die Bundesforschungsministerin unseren Bürgern auf dem Land, dass die Bundesregierung den ländlichen Raum in Sachen Breitbandausbau schon aufgegeben hat. Frau Kampmann, das ist leider auch Ihre Ministerin. Das ist die verquere Politik, die unseren Wohlstand massiv gefährdet.

Ich will die Landesregierung jetzt nicht für den Bund in Haftung nehmen. Wir sehen durchaus gute Ansätze in der Digitalpolitik, aber eben nicht genug. Wer mit so vollmundigen Versprechungen angetreten ist, wie es insbesondere die FDP getan hat, der muss nach eineinhalb Jahren etwas mehr liefern. Deshalb erfolgt unsererseits keine Zustimmung.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Tritschler, ich bitte um Nachsicht, dass ich eben kurz den Saal verließ. Ich hatte zu Herrn Matheisen gesagt, dass ich draußen noch rechtzeitig eine Aussage zu Bayer treffen sollte. Ich bitte dafür um Verständnis.

Das ist angesichts der Entscheidung, die zu kommentieren war, ein besonderer Tag für uns. Ich wollte nicht die Debatte stören, während andere Abgeordnete sprechen. Ich bitte insofern noch mal um Verständnis.

Zur Digitalstrategie, die Sie angesprochen haben: Herr Bolte-Richter sagte, wir hätten keinen Plan. Wir machen einen Plan für Nordrhein-Westfalen! Wir sagen, was zu tun ist.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Wann wollen Sie den denn umsetzen?)

– Wir haben wenigstens einen Plan. Sie hatten ja noch nicht mal einen! Wir haben jetzt erst mal einen Plan gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde es außerdem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung gegenüber unfair, zu sagen, die Leute hätten einfach irgendwas aufgeschrieben. Seien Sie doch froh, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung dieses Landes selbst mit dem Thema identifizieren und wir nicht von externen Beratungsgesellschaften irgendetwas aufschreiben lassen, das andere umsetzen sollen. So etwas haben wir schon zu Genüge erlebt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Die machen ihre Arbeit, ja! – Josefine Paul [GRÜNE]: Und haben die politische Führung? Nein!)

Die Beamtinnen und Beamten und die Mitglieder der Regierung arbeiten hier zusammen – das macht den Unterschied! Wir setzen uns zusammen, wir führen eine Digitalkonferenz durch – der eine oder andere von Ihnen war dabei –; wir veranstalten gemeinsame Workshops.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis! – Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] – Gegenruf von Christof Rasche [FDP])

Dabei kommen – und das ist doch interessant – die Mitarbeiter der Verwaltung, die Mitglieder der Landesregierung, Gewerkschaftsvertreter, Unternehmensvertreter und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zusammen und reden über die Zukunft dieses Landes. Es geht um die Frage: Wie wollen wir das Land digitalisieren?

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist ja wahnsinnig toll! Und wann regiert die Regierung die Zukunft des Landes?)

– Ja, meine Güte, das ist es doch! Sie können doch Digitalisierung nicht von oben gestalten, so wie Sie Ihre Politik immer von oben gemacht haben. Digitalisierung kann man nur zusammen machen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der Unterschied im Denken, wie Sie regiert haben und wie wir es tun.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE]: Wir haben regiert!)

Wir glauben nicht daran, dass wir alles besser wissen als die Menschen im Land. Wir vertrauen auf die Menschen im Land. Wir wollen sie mit ins Boot holen und die Digitalisierung gemeinsam mit ihnen gestalten. Das ist der eklatante Unterschied!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin dankbar dafür, dass das aufgegriffen wird; dass das in den Schulen, Hochschulen, Unternehmen, beim Handwerk und überall mitgelebt wird. Wir

packen das an. Wir werden dabei sicher Fehler machen, und wir werden auch nicht alles vollkommen machen, ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: So viel steht fest!)

– Natürlich nicht. – ... aber wir reden nicht nur darüber, sondern wir machen es auch.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Ja, wann denn?)

Was haben Sie denn für die Kommunen getan? Wir sind hingegangen und haben ihnen zunächst Geld an die Hand gegeben, damit sie überhaupt erst mal anfangen können, damit sie Ideen sammeln.

Bei Ihnen gab es überhaupt nichts. Das ist doch der Unterschied! Bei der digitalen Infrastruktur ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Stimmt doch überhaupt nicht!)

– Aber das muss man doch mal sagen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist jetzt ein bisschen dreist!)

– Es ist doch so. Was haben Sie den Kommunen denn für die Digitalisierung zur Verfügung gestellt? Ich habe nichts gefunden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Falls es nicht stimmen sollte, können Sie mich ja noch mal informieren. Ich habe da nichts gesehen.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Gucken Sie mal ins Gesetz rein, das ist nicht kompliziert!)

Wir machen es, und wir machen es so, dass es sich parallel entwickelt und andere auch teilhaben können.

Dasselbe gilt für die digitale Wirtschaft. Herr Bolte-Richter, woher nehmen Sie denn die Hinweise darauf, dass wir Strukturen nicht fortentwickeln oder dass wir sie sogar aufgeben wollten? – Im Gegenteil: Wir arbeiten daran, dass sich diese Strukturen weiterentwickeln und dass sie Wirkung entfalten können. Das ist das, was jetzt notwendig ist, und was wir tun können.

Es wurde auch gefragt, wo im Haushalt Prioritäten gesetzt werden. Wenn der Landesfinanzminister und die regierungstragenden Faktionen in diesem Haushalt allein für die Kofinanzierung der Breitbandnetze 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen wollen, dann ist das eine ganz klare Aussage und das Setzen der Priorität, die Infrastruktur so schnell wie möglich auszubauen. Ein besseres Commitment kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen.

(Beifall von der FDP)

Das gilt auch für die öffentliche Verwaltung. Vor uns liegen große Anstrengungen, und wir werden eine E-Government-Strategie vorlegen, die darlegt, was wir

schon getan haben, und welche Schritte als Nächstes kommen. Wir werden auch Mittel für die Weiterentwicklung der Landesverwaltung bereitstellen, so dass sich ihre IT-Infrastruktur entwickeln kann und die Software so organisiert werden kann, dass nicht jedes Ressort eine eigene Ausstattung und ein eigene Infrastruktur hat, aber nichts zusammenpasst. All das müssen wir angehen, weil es bisher nicht erledigt worden ist. Das muss man an dieser Stelle auch feststellen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Lieber Herr Dr. Untrierer, Sie haben vorhin etwas zum Elterngeld gesagt. Genau das ist unser Problem: Bei uns in Deutschland läuft vieles unglaublich kompliziert ab. Und dann fährt man nach Estland und sieht, wie einfach es gehen kann. Es reicht nicht, die in der analogen Welt zur Perfektion entwickelte Bürokratie einfach zu digitalisieren. Das macht nichts einfacher, sondern wir müssen uns auf dem Weg dorthin auch fragen, ob unsere Prozesse überhaupt funktionieren und ob wir sie nicht grundlegend einfacher machen können.

Das Gewerbeportal betreffend, haben wir schon gezeigt, wie es gehen kann. So etwas wünsche ich mir für andere Lebensbereiche genauso wie Sie. Daran arbeiten wir, und ich denke, mit den uns bereitgestellten Ressourcen und der Motivation, die wir dafür haben – auch in der öffentlichen Verwaltung – können wir es schaffen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Teil c) Innovation, Digitalisierung und kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4414, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dieser zu? – CDU und FDP stimmen der Beschlussempfehlung zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Herr Nepe enthält sich.

Damit ist **Einzelplan 14 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4414** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen
und Wohnen**